

Wöchentlich 63 Pf., monatlich 3,00 M.
Im voraus zahlbar. Postbezug 4,22 M.
einwöchentlich 60 Pf. Postzeitung: 7- und
12 Pf. Postbezuggehörern. Ausland-
abonnement 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Wend“: „Kühnste Beilage“, „Wohlf
und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Fremd-
unterhaltung und Witz“, „Frauen-
blätter“, „Lehmit“, „Bild in die
Bücherei“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag

23. April 1929

Groß-Berlin 10 Pf.

Auswärts 15 Pf.

Die einpaltige Komposition
50 Pfennig. Reklamier- und Anzei-
genmarkt. „Kleine Anzeigen“ des ein-
gebrachten Wort 25 Pfennig (täglich zwei
Zeilen). Stellenangebote das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für
Abonnement Seite 40 Pfennig. Anzeigen-
annahme im Hauptgebäude (Einbe-
tritte 2. Stockwerk) von 8 1/2 bis 11 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Pöndolt 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassentext: Berlin 37536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wollfr. 65 Diskonto-Gesellschaft, Depositenkass. Lindenstr. 3

Heute Entscheidung in Paris.

Amerikanischer Vermittlungsvorschlag? — Das deutsche Memorandum.

Der heutige Tag soll entscheiden, ob die Sachverständigenkommission noch leben kann oder ob sie sterben muß. Die Bulletin lauten vorwiegend ungünstig. In Pariser Kreisen, die eine Fortführung der Verhandlungen wünschen, nimmt man an, daß Schacht ohne den Vorschlag eines zeitlich begrenzten Provisoriums zurückgekommen ist und zeigt sich darüber enttäuscht. Das Programm der Konferenz, die unpolitisch, unabhängig und vertraulich sein sollte, ist tatsächlich schon gesprengt. Nach einer internationalen Presseaus-sprache, die in Paris und Warschau mit besonderer Leidenschaftlichkeit geführt wurde, haben auch führende Staats-männer verschiedener Länder in die Debatte eingegriffen, während die deutsche Reichsregierung in korrekter Zurückhaltung verharrt.

Ist die Konferenz also schon totgeschrieben und totgeredet? Optimisten wollen es nicht annehmen und hoffen auf einen Vermittlungsvorschlag des Ausschusses, der Gelegenheit geben soll, die Beratungen weiterzuführen. Nach den Erklärungen, die Dr. Schacht dem Pariser „Journal“ abgegeben hat, ist anzunehmen, daß die deutsche Delegation einen amerikanischen Wiederbelebungsversuch unterstützen würde. Kann er gelingen? Dazu wäre es notwendig, die Konferenz aus der politischen Atmosphäre, in die sie geraten ist, zur kühlen objektiven Sprache der wirtschaftlichen Tatsachen und Zahlen zurückzuführen.

Inzwischen ist auch das Memorandum Schachts, das Ursache, Anlaß oder Vorwand der Krise wurde, bekannt geworden. Es muß offen ausgesprochen werden, daß dieses Schriftstück das Gegenteil eines diplomatischen Meisterwerkes ist. Jeder erfahrene Unterhändler muß sich sagen, daß an sich schon der deutsche Vorschlag einen Entrüstungssturm entfesseln würde. Die Debatte über ihn mit Fragen der Grenz-ziehung und der Gebietshoheit, so wie es geschehen, in Ver-bindung zu bringen, war unklug. Niemand konnte er-warten, daß sich die Konferenz für zuständig erklären würde, eine Revision des Friedensvertrages zu er-örtern, jedermann aber hätte voraussehen sollen, daß durch Berührung dieser Fragen im ungeeignetsten Augenblick Emp-findlichkeiten aller Art aufgestachelt werden würden. Die deutsche Delegation sah sich denn auch genötigt, schon am nächsten Morgen ihre Ausführungen in einer Weise ein-schränkend zu kommentieren, daß ihre Haltung einem Rück-zug ungemein ähnlich sah. Dadurch hat sie ihre Position in der Frage, auf die es einzig und allein ankommt, in der Frage der Zahlen, leider eben auch nicht gestärkt.

Würde sich wirklich das Wunder ereignen, daß die Sieger im Weltkrieg das, was sie an Gebieten genommen haben, mit freudlichem Lächeln wieder zurückgeben wollten, dann wäre erst die Frage zu erörtern, um wieviel dadurch die deutsche Leistungsfähigkeit steigen würde. Wir können jetzt schon sagen, daß das Plus, das sich daraus ergeben würde, nicht überwältigend groß wäre. Aber solche Erwägungen liegen jenseits aller Realpolitik. Deutschland kann natürlich nur so wie es ist, in seiner Leistungsfähigkeit eingeschätzt werden — und das diese Einschätzung unter Be-rücksichtigung aller Umstände in einer rein sachlichen, von keinerlei Gläubigerwünschen beeinflussten Weise erfolgt, das zu verlangen hat es ein Recht.

Nun ist leider schon soviel Verwirrung entstanden, daß es kaum noch einer Meisterhand gelingen kann, alles wieder zu entwirren und auf den rechten Weg zu bringen. Dazu wird nicht nur viel Geschicklichkeit gehören, sondern wahrschein-lich auch etwas Zeit! Ob diese Konferenz noch Zeit hat, muß dahingestellt bleiben. Aber, wenn sie ein ungelöstes Problem hinterläßt, so verschwindet damit nicht die Notwen-digkeit, sobald wie möglich zu einer Lösung zu kommen. Diese Notwendigkeit besteht für die Gläubiger ebenso gut wie für den Schuldner. Ist auch ein Definitivum das eigent-lich Erstrebenswerte, so wäre doch auch schon ein Provis-o-rium, das für eine Reihe von Jahren einen erträglichen Zustand schafft, ein Fortschritt.

Bei alledem muß bedacht werden, daß die Konferenz nicht berufen war, einen Vertrag zu schließen, sondern daß sie nur den Regierungen für einen zu schließenden Ver-

trag eine Grundlage schaffen sollte. Kann die Konferenz ihre Aufgabe nicht erfüllen, so bleibt doch den Regierungen die ihre.

Ungünstige Vorbereitungen?

Paris, 22. April 1929.

In französischen Kreisen wird das Gerücht verbreitet, die Unterredungen, die Reichsbankpräsident Dr. Schacht heute nachmittag mit Owen D. Young und dem französischen Delegierten Moreau gehabt hat, hätten keinen günstigen Verlauf genommen.

Deutscherseits wird zu diesem Gerücht erklärt, daß man keine Mitteilungen an die Presse geben könne.

Hochspannung in Paris.

Paris, 22. April. (Eigenbericht.)

Von Stunde zu Stunde wächst die erregte Span-nung, mit der die Delegierten und die Öffentlichkeit dem Zusammentritt der Vollversammlung der Sachver-

ständigenkonferenz am Dienstag entgegensehen. Von ihrem Ausgang wird nicht nur das Schicksal der Konfe-renz, sondern schließlich auch der Geist abhängen, in dem das Reparationsproblem weiter behandelt wird.

Es wäre nunmehr die Aufgabe der Konferenz, so schreibt die „Volonté“, Dr. Schacht nachzuweisen, daß die Leistungs-fähigkeit Deutschlands erheblich größer ist als das deutsche Memorandum annimmt. Ein solcher Nachweis ist bisher nicht ge-führt worden, kann wohl auch schwerlich geführt wer-den, und so bliebe in der Sache selbst die bisherige Unmöglichkeit einer Einigung bestehen, deren Überwindung nach den tatsächlichen Entgegnungen der deutschen Delegation schwieriger denn je erscheinen muß. Ebenso trügerisch wie die Hoffnung auf eine plötzliche „Be-stimmung“ der deutschen Delegation muß die Erwartung einer Des-avouierung durch die Reichsregierung erscheinen. Die Reichsregie-rung kann weder sachlich die Kompetenz ihrer Sachverständigen an-zweifeln, noch bestreite sie tatsächlich die Möglichkeit zu den hier vielfach gewünschten Ordnungsruhen, und es wird nunmehr an Dr. Schacht allein sein, in der verfahrenen Lage für Deutschland zu retten,

Amerikas Mahnung in Genf.

Neuer Vorschlag. — Entschiedenenes Bekenntnis zur Herabsetzung der Rüstungen.

Genf, 22. April. (Eigenbericht.)

In der Montagsstunde der Abrüstungskommission gab der Ver-treter der Vereinigten Staaten, Gibson, eine sehr wichtige Erklärung über den Standpunkt der Vereinigten Staaten in der Frage der Abrüstung ab. Gibson betonte, daß diese Erklärung auch der Auffassung des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover entspreche.

Im einzelnen führte der Amerikaner aus: „Aufgabe der Dele-gierten während der ersten Lesung der Abrüstungskonferenz ist es gewesen, die nationalen Forderungen ihrer Länder vorzu-tragen. Wir sind noch in der ersten Lesung, bewegen uns aber auf die zweite zu, so daß es angebracht erscheint, dazuzusetzen, welche Konzeptionen von unserer Seite

zur Erreichung einer Uebereinstimmung gemacht werden können. Die Verteidigung meines Landes ist in erster Linie eine Flotten-frage. In bezug auf die Landrüstungen sind wir bereit, die Kon-zeptionen zu machen, die eine Uebereinstimmung zwischen den Mächten mit Landrüstungen erfordert. In bezug auf die Seerüstungen ist die amerikanische Regierung aber noch wie vor der Meinung, daß die einfachste, unparteiischste und praktischste Methode die kategorie-n-weise Festlegung der erlaubten Rüstungen ist, eine Methode, die ihren Wert schon im Washingtoner Abkommen gezeigt hat. Die anderen uns präsentierten Methoden eines Flottenabkommens haben wir inzwischen geprüft und sind zu dem Entschluß gekommen, den französischen Vorschlag der Festlegung einer Total-tonnage als Diskussionsbasis anzunehmen. Wir betonen dabei, daß wir bereit sind, über diese Methoden zu disku-tieren, daß aber die Festlegung der Tonnagezahlen der end-gültigen Konferenz vorbehalten bleiben muß. Es kommt uns darauf an, sichtliche Ergebnisse zu erzielen; durch welche Methode, ist von untergeordneter Bedeutung. Die amerikanische Regierung ist der Meinung, daß eine effektive Entscheidung der Flottenabrüstungen alle Schiffsklassen einschließlich Kreuzer, Zerstörer und Untersee-boote umfassen muß. Wir können keinem Abkommen zustimmen, das irgend eine Klasse, wie Kampfschiffe, ausläßt. Deshalb mußten wir im September 1928 die Flottenbegrenzung zurückweisen, da in ihm nur eine Kreuzertypen und eine Typen von Unterseebooten einbegriffen war, während eine große Klasse von Kampfschiffen we-gelassen war.

Seit dem letzten Zusammentritt der Abrüstungskommission haben sich die Nationen der Welt verpflichtet, auf den Krieg als ein Mittel der nationalen Politik zu verzichten.

Wenn wir ehrlich sein wollen, wenn unser feierliches Versprechen im Kellogg-Pakt Sinn haben soll, ist keine Verdrängung für die Fortführung des bewaffneten Friedens da.

Trotzdem scheint ein großer Teil der bisherigen Reden darauf hinzudeuten, die bestehenden Rüstungen zu sanktionieren oder so-gar höhere Rüstungsstärken festzusetzen. Ein solches Vor-gehen könnte von der öffentlichen Meinung niemals als positives Ziel der Rüstungsarbeit anerkannt werden. Im besten Falle wird die Abrüstungskonferenz damit einfach negativ verlaufen. Unsere

Aufgabe sollte prinzipiell sein, eine beträchtliche Anzahl von Männern aus dem Militär zu produktiver Arbeit zu überführen und die schwere Bürde der Rüstungsaufgabe zu beschränken. Solange die Nationen mit steigenden Steuern und der Aufrechterhaltung der Rüstungen bedürftig sind, ist es eitel zu behaupten, daß die Welt wirklich der Abrüstung zueilt. Das Wort „Begrenzung“ wird allgemein so aufgefaßt, daß es nichts mit einer wirklichen Herab-setzung der Rüstungen zu tun hat. Darum sollten wir in der Kom-mission damit beginnen, das Wort Begrenzung zu streichen und unsere Bemühungen auf eine allgemeine Herabsetzung der Rüstungen zu konzentrieren.

Außerhalb der Mächte, die das Flottenabkommen von Washing-ton unterzeichnet haben, gibt es keine denkbare Kombination von Marinemächten, die die Sicherheit einer der Hauptmarinemächte bedrohen könnte. Die Kreuzerstärke aller Nichtunterzeichner des Washingtoner Abkommens in der Welt ist z. B. nicht halb so groß, wie die Kreuzertonnage der größten Einzelflotte unter diesen Mächten. Es liegt daher kein Grund für die Aufrechterhaltung größerer Marinemächten vor. Selbst wenn eine Kriegesgefahr noch denkbar wäre, könnte der Frieden bei Aufrechterhaltung niedrigerer Rüstungsstärken als bisher ebenso gut gesichert werden.

Die Völker aller Länder begehren gegen die Rüstungs-last auf und verlangen die Unterdrückung unnötiger Staatsausgaben. Die amerikanische Regierung war immer der Meinung, daß wir nicht so sehr im Hinblick auf einen möglichen Krieg eine mathematisch genaue Balance von Schiffen und Kanonen brauchen, sondern ein allgemeines Abkommen, das auf der Idee basiert, daß die Völker der Welt Freunde werden und ihre Uneinigkeiten auf friedlichem Wege erledigen sollen. Ich appelliere darum an die hier vertretenen Länder, daß sie

nochmals das ganze Abrüstungsproblem unterziehen in der Hoffnung, Bedingungen zu finden, um die schon feierlich übernommenen Verpflichtungen für die friedliche Regelung von Streitigkeiten entsprechend einer Herabsetzung von Rüstungen zu erfüllen.“

Die Vertreter Englands und Japans betonten, daß sie die amerikanischen Vorschläge genau studieren und ihren Regierungen Bericht erstatten wollten.

Von deutscher Seite wird die Erklärung des Vertreters der Vereinigten Staaten in der Abrüstungskommission als das

wichtigste Ereignis der gegenwärtigen Tagung bezeichnet. Man glaubt, daß diese Tagung geeignet sein könnte, die Abrüstungsarbeiten aus ihrer Stagnation herauszureißen.

Die Diskussion über die amerikanische Erklärung zeigte bisher jedoch nur große Verlegenheit bei Frankreich, Italien und Japan. Auch Litwinows Hinweis darauf, daß der amerikanische Vorschlag, im großen und ganzen mit den russischen Gedanken über die Seearüstung übereinstimme, löst die Frage, wie weit Sowjet-rußland den Vereinigten Staaten schließlich zustimmen wird, offen. Immerhin stimmte England prinzipiell zu. Die anderen Delegierten erklärten sich zu einer Rücksprache mit ihren Regierun-gen bereit. I

was nach Lage der Umstände zu retten ist. Was man erwarten kann, ist, daß das Ende der Konferenz die Möglichkeit offen läßt, daß nach ihr befähigte Diplomaten das Verständigungsmittel in die Hand nehmen.

Reichsbankpräsident Schacht hat am Montag nach seiner Ankunft in Paris seine Besprechungen, insbesondere mit Owen Young, wieder aufgenommen. Von amerikanischer Seite wird, wie wir erfahren, am Dienstag

ein neuer Vermittlungsvorschlag

unterbreitet werden, der eine Annuität in der ungefähren Höhe der im deutschen Memorandum vorgesehenen Jahreszahlung zum Ausgangspunkt hat, die dann von Jahr zu Jahr ansteigen soll. Der amerikanische Vorschlag scheint auf dem Gedanken aufgebaut zu sein, daß um eine Lösung zu ermöglichen, die Differenz zwischen den ägyptischen und den deutschen Ziffern halbiert werden müsse.

Das deutsche Memorandum.

Nachdem ein Teil der ausländischen Presse das Memorandum Deutschlands veröffentlicht hat, wird es auch in Deutschland publiziert. Es heißt darin u. a.:

Es muß versucht werden, alle Ansprüche der Gläubiger bis zu einer vernünftigen Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit zu erfüllen. Dabei sind die Grundzüge des amerikanischen Staatssekretärs Mellon für die Schuldverhandlungen mit den alliierten Regierungen zu berücksichtigen. Einkommen- und Lebensstandard der beteiligten Völker sind in Rechnung zu ziehen.

Die beim Dawes-Plan gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß zu seiner Durchführung sehr große Teile der deutschen Substanz an das Ausland verkauft werden mußten und daß die Transferierung nur durch diese Umstände und durch Zutrom von fremden Krediten ermöglicht worden ist. Die deutsche Zahlungsbilanz blieb 1924 bis 1928 mit 16,2 Milliarden passiv. In derselben Zeit gingen 15 Milliarden Mark lang- und kurzfristige Kredite nach Deutschland. Die deutsche Landwirtschaft arbeitet seit Jahren mit Verlust, die Durchschnittsertragsfähigkeit der deutschen Industrie ist sehr niedrig, die Arbeitslosigkeit ist zu einer Gefahr geworden. Unter diesen Umständen ist es nur eine Frage der Zeit, wann die Schutzmaßnahmen des Dawes-Planes (Einstellung des Transfers und Ansammlung von Markbeträgen bis zur Höhe von 5 Milliarden) in Kraft gesetzt werden müssen. Notwendig ist der Fortfall der noch bestehenden fremden Kontrollmaßnahmen und der Behinderung der deutschen Finanzgebarung.

Der sogenannte „politische Abschnitt“ des Memorandums, der allgemein als die Hauptursache des am Donnerstag im Revalstoke-Ausbruch ausgebrochenen Konflikts bezeichnet wurde, lautet wörtlich:

Nachdem Deutschland zur Erfüllung der im neuen Plan festzulegenden Verpflichtungen ein Höchstmaß von Energie anwenden, so ist es nötig, daß ihm dazu in stärkerem Maße als bisher die erforderlichen wirtschaftlichen Grundlagen gegeben werden. Deutschland ist in größerem Umfange als irgendein anderes Land gezwungen, zur Aufrechterhaltung und Entwicklung seiner industriellen Produktion Rohstoffe aus dem Ausland einzuführen. Infolge des Krieges ist Deutschlands innere Rohstoffbasis wesentlich eingeschränkt worden, und es ist ihm die Möglichkeit, eigene überseeische Rohstoffgebiete zu erschließen, genommen worden.

Diese Verluste wirken sich in einer ungewöhnlich starken Belastung der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz aus. Wenn aber Deutschland die in diesem Plan festgelegten Zahlungsverpflichtungen ohne eine immer mehr zunehmende neue Verschuldung an das Ausland erfüllen soll,

so muß Deutschland Gelegenheit gegeben werden, sich wieder eine eigene überseeische Rohstoffbasis zu schaffen. Die es mit eigenen Produktionsmitteln, mit eigener Währung und eigenem Unternehmertum entwickeln und ausbauen kann.

Bezüglich der deutschen Lebensmittellieferung ist besonders wichtig, daß die Einfuhr von Lebensmitteln verringert und teilweise durch eigene Erzeugung ersetzt wird. Dabei kann man nicht nur übergehen an der Tatsache,

daß wichtige landwirtschaftliche Heberzeugungsbetriebe im Osten Deutschlands durch Abtreibung verlorengegangen sind und daß ein größeres, fast ausschließlich der landwirtschaftlichen Erzeugung dienendes Gebiet vom übrigen Teil des Reiches abgeschnitten ist.

Infolgedessen geht der wirtschaftliche Wohlstand dieses Gebietes zurück, und die Reichsregierung muß ihm entsprechende Unterstützungen gewähren. Es sollten daher geeignete Maßnahmen vereinbart werden, um diese abträglichen Bedingungen, welche Deutschlands Zahlungsfähigkeit erheblich beeinträchtigen, zu beseitigen.

Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands hängt nicht allein von seiner Warenproduktion, sondern auch von der Bereitwilligkeit der anderen Länder ab, solche Waren anzunehmen.

Der Schluß des Memorandums enthält und erläutert den schon bekannten konkreten Vorschlag der deutschen Sachverständigen.

Chamberlain gegen deutsche Kolonialhoffnungen.

London, 22. April.

Im Unterhaus erklärte Chamberlain auf eine Anfrage, die Mandate über die ehemaligen deutschen Kolonialgebiete, die auf dem Berliner Vertrag und nicht auf dem Völkerverbund beruhen, seien

den jetzigen Inhabern endgültig zugestimmt

worden. Soweit er wisse, sei niemals zum Ausdruck gebracht worden, daß einer der Mandatäre seiner Verantwortung entzogen zu werden wünsche. Die britische Einstellung sei Deutschland bei der Konferenz von Locarno auseinandergesetzt und seitdem wiederholt dargelegt worden. Chamberlain fuhr fort: Für den unwahrscheinlichen Fall, daß eines der jetzigen Mandatäre frei wird, wären wir bereit, den Antrag Deutschlands ebenso wie jeder anderen großen Völkerverbandsmacht in Erwägung zu ziehen. Für diese rein hypothetische Möglichkeit könnten wir im voraus jedoch keine Verpflichtung übernehmen. Chamberlain erklärte zum Schluß, seines Wissens sei die Angelegenheit seit den Locarno-Verhandlungen nicht eigentlich zur Erörterung gestanden, wenigstens seit damals zweifellos hin und wieder darauf Bezug genommen worden sei.

Es folgten Die württembergischen kommunistischen Parteimitglieder Becker und Hammer. Der kommunistische Stadtrat Bauer in Blaubeuren. Der kommunistische Stadteroberste Wähler in Hohenstein-Ernstthal.

Otto Braun über die Reparationsfrage.

Erklärung im Landtag. — Abrechnung mit Kommunisten und Deutschnationalen.

Der Preussische Landtag überwiegt am Montag zunächst einen Antrag auf Veränderung der Realsteuern ohne Debatte an den Hauptauschuß.

Es folgt die 2. Lesung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten. Die Kommunisten haben hierzu wegen der Versammlungs- und Umzugsverbote einen Mißtrauensantrag gegen den Innenminister Erzgrubner eingebracht. Der Mißtrauensantrag wird begründet nom

Abg. Schwenk (Komm.), der das Versammlungs- und Demonstrationsverbot als eine gewollte Provokation der Arbeiterschaft bezeichnet.

Abg. Bugdahn (Soz.):

Mit ernster Sorge haben wir die letzten Vorgänge in Paris verfolgt. Das Scheitern der Verhandlungen würde sicher das ganze deutsche Volk treffen. Wir haben deshalb den Wunsch, daß die Verhandlungen zu einem guten Ende geführt werden. Schließlich können nur jene Kreise in Deutschland einen Mißerfolg wünschen, die aus dem Ruhrkrieg nichts gelernt haben. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Rechtsopposition hat in ihrer Kritik dem Staatsministerium gegenüber die Behauptung aufgestellt, daß in Preußen so ziemlich alles in heillosen Verwirrung sei. Sie hat dabei auf das Verhältnis Preußens zu Waldeck und Homburg hingewiesen. Inzwischen ist die Vereinigung mit Waldeck erfolgt, und wir begrüßen sie als verheißungsvollen Anfang in der Entwicklung zum Einheitsstaat.

Die Beschuldigungen des Abg. Schwenk, daß führende Sozialdemokraten die Feier des 1. Mai sabotieren wollten, waren deplaciert. Ich verweise zum Beispiel auf den Aufruf der Berliner Gewerkschaftskommission, der zur Arbeitsruhe zum 1. Mai aufruft. Aber was haben die Kommunisten aus dem 1. Mai gemacht? (Sehr gut! bei den Soz.) Der Zweck der Rede des Herrn Schwenk war zu durchsichtig, als daß sie es vermocht hätte, von den verbrecherischen Methoden der kommunistischen Partei abzulenken. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich verweise auf kommunistische Organisationsentscheidungen, in denen bereits damit geredet wird, daß es am 1. Mai eine Anzahl Tote geben wird. Das dürfe aber nicht abhalten, trotzdem zu demonstrieren.

Die kommunistische Presse hat nachher diese Rundschreiben bestätigt. Die „Rote Fahne“ hat vor einigen Tagen deutsch genug gesagt, was man will, man braucht Tote, um am 1. Mai den Generalfesttag zu proklamieren. Das Demonstrationsverbot für Berlin behaupte ich deswegen, weil sich andernfalls gezeigt hätte, was die Kommunisten in Wahrheit noch hinter sich haben. Gezwungen durch die Erfahrungen des letzten Jahres, gezwungen durch die beispiellosen Beschimpfungen der Sozialdemokraten von Seiten der Kommunisten bei der letzten gemeinsamen Kundendemonstration, hatten die Gewerkschaften sowie beschlossen, die Reiseferien für dieses Jahr in die Säle zu verlegen.

Wer zu Gewalttaten auffordert, darf sich nicht wundern, wenn Vorbereitungen getroffen werden, solche Gewalttate zu verhindern. Die Führer sind bestimmt nicht unter den Opfern. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wer diese Methoden proklamiert, zeigt, daß er von dem Ideengehalt des 1. Mai noch nicht begriffen hat. (Sehr gut! bei den Soz.)

Ganz ähnlich sieht es bei der Rechtsopposition aus. Einbringlich wird dort von der Regierung für das angeforderte Stahlschmelzbeschränkungsgarantie für freie Weltmarktaufhebung verlangt. Daran hätte man schon früher, beim Vollsenscheid für die Vorkriegsproduktion, denken sollen. (Sehr gut! bei den Soz.) Kennzeichnend ist ein Befehl, daß sich alle Stahlschmelzwerke eintragen haben, daß aber noch besondere Anweisungen für das Verhalten der dem Stahlhelm angehörigen Beamten gegeben sollen. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist Erklärung zu offenkundiger Gefährdungslage!

Die bei der Kritik der republikanischen Staatsregierung so oft behauptete Gegenüberstellung von Monarchie und Republik ist uns gar nicht unklar. Mögen die Herren von Rechts sich für die Vergangenheit begeistern, wir haben die Gemächlichkeit, daß uns die Zukunft gebietet. (Beifall bei den Soz.)

Abg. von Rohr (DnL): Der Ministerpräsident vertritt für uns die Resolution. Jede Kritik des Ministerpräsidenten ist für uns eine Auseinandersetzung mit der Resolution. (Heiterkeit links.) In den Händen einer Linkserregierung wird alles zu Dreck. Die Landwirtschaft wird von ihr zu Boden gedrückt.

Als Führer des Landbundes erklärte ich: Unter dieser Linkserregierung hat es keinen Zweck, die Produktion zu heben.

Nach dem vom Ministerpräsidenten durch Abschließen eines Rahmabkommens vor Abschluß der Schornsteinverordnungen haben die Fortbeweiser unter Druck schwören müssen, daß die Schornsteine einvergittertes Revier sei. Das ist die Befähigungsfähigkeit der Beamten. Wer sich zum Wehrgebeten bekennt, fliegt, Landesverräter werden befördert. (Große Unruhe links und in der Mitte.) Der offizialistische Jude Hiltbrand, ein heimatischer Mann, hat durch die Inflation das deutsche Volk zum Ruin geführt. (Minutenlange stürmische Unterbrechung links, anhaltende Schluß-Rufe, Ordnungsruf des Präsidenten.) Pfug und Schwert gehören zusammen.

Abg. Dr. Schwenk (Str.): Der Vordrucker hat kein Wort gefunden für das stille Heldentum des deutschen Volkes nach dem Kriege, das nicht wie er in überschwinglichen Worten von seinen Taten spricht. Die Kriegsliteratur, die den Krieg so schildert, wie er ist, ist eine Notwendigkeit. Der Redner weist in scharfen Worten die unbedeutende Kritik des Abg. von Rohr auf das Staatsministerium zurück.

Ministerpräsident Otto Braun:

Es ist mein Grundsat, mich möglichst wenig in die auswärtige Politik einzumischen. Trotzdem will ich einige Worte darüber verlieren: In einigen Tagen wird sich in Paris das Schicksal des deutschen Volkes entscheiden. Nach aller geschichtlichen Erfahrung ist nach einem verlorenen Kriege für ein unterlegenes Volk für die Höhe des Kriegattributiones immer dessen Leistungsfähigkeit entscheidend gewesen. Diese Tatsache scheint in Paris bis jetzt nicht die genügende Beachtung gefunden zu haben. Die Sachverständigen haben noch eingehender Prüfung von Deutschland erorbitant hohe Leistungen gefordert. Trotzdem soll sich die deutsche Presse durch die Entrüstung über das deutsche Memorandum nicht irritieren lassen. Wer die Sorge um die Existenz des deutschen Volkes zwingt mich doch, folgendes zu sagen:

Ich habe starke Zweifel, ob es nach dem Angebot unserer Experten angesichts der starken Leistungen in der Vergangenheit möglich sein wird, 1640 Millionen Mark 37 Jahre lang aufzubringen.

Es hat beinahe den Anschein, als ob im Augenblick noch nicht der richtige Zeitpunkt gekommen ist, darüber das letzte Wort zu sprechen. Nun zur inneren Reparation, den Forderungen der Einzelstaaten an das Reich. Sicher ist das Reich bemüht, den Einzelstaaten so weit wie möglich entgegenzukommen. Wenn Preußen noch nicht so berücksichtigt worden ist wie Bayern so mag das daran liegen, daß die Bayerische Volkspartei für die Bildung der Reichsregierung eine gemächliche Rolle spielt. Es kann aber nicht seine Aufgabe sein, auf Kosten der preußi-

chen Steuergelder Sympathien außerhalb Preußens zu werben. Anschließungsverhandlungen werden sicher nicht mit Begeisterung geführt, denn solche Fragen können nicht nach Sympathie oder Antipathie entschieden werden. Aber wir müssen schließlich auch dazu kommen, die Staatswirtschaft zu rationalisieren. Der Kräftekleinerer Staaten an Preußen ist sicherlich nicht das Ergebnis meines Liebeswerbens, wozu ich mich übrigens gar nicht eignen. (Heiterkeit.) Das ist einfach die Konsequenz von Staatsnotwendigkeiten. Aber man hat vielfach noch nicht begriffen, daß wir heute ein anderes Preußen als nach 1848 haben. Zum Einheitsstaat kommen wir nicht über die Auflockerung oder Zerschlagung Preußens, sondern über die Einheit Preußens. Glauben die kleineren Länder, ihre Eigenstaatlichkeit nicht länger aufrechterhalten zu können, so mögen sie bei größeren Staaten Anschluß suchen. Ohne ein ungeteiltes Preußen ist kein starkes Reich möglich. (Sehr gut! bei den Soz.)

Das von den Kommunisten gestellte Mißtrauensvotum betrifft den Innenminister. Aber die Kommunisten mögen bedenken, daß das Recht der Demonstrationenfreiheit für alle Staatsbürger da ist. Es ist bedauerlich, daß nach den Ereignissen der letzten Zeit vorbeugende polizeiliche Maßnahmen notwendig waren.

Uns ist bekannt, daß die Kommunisten für den 1. Mai betriebsfreie Sanitätspersonen eingesetzt haben. Die staatlichen Nachmittage werden nur eingeschränkt, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Sollte es zu unliebsamen Zwischenfällen kommen, dann tragen die Kommunisten nicht nur die moralische, sondern auch die strafrechtliche Verantwortung. (Sehr gut! bei den Soz.)

Nun zu Herrn von Rohr! Es ist eine dumme Sache, auf die Kritik von rechts immer wieder die Antwort zu wiederholen; denn das reißt sich schief mit der geforderten Rationalisierung unseres Staatslebens zusammen. Auf seine Ausführungen über die Landwirtschaft möge der Herr Landwirtschaftsminister antworten. Ich verweise nur darauf, daß die Agrarpolitik entscheidend beeinflusst wurde vom Reich. Gerade als die Deutschnationalen in der Reichsregierung saßen, brach die schlimmste Agrarkrise herein.

Ich wundere mich nicht, wenn die Landwirtschaft die Krise nicht überwindet, so lange Herr von Rohr als Landbundesführer Anweisungen gibt, die eine Mehrproduktion verhindern. Da wird es erfindlich, daß das Geld der Landbesitzer in so unangenehme Geschäften verpulvert wird, wie wir das jetzt erst beim Raiffeisen-Standart erlebt haben. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Für die Stahlhelmsabteilung, als Beamter dem Staat verfassungsgemäß die Treue zu geloben, persönlich sich aber an den dem König gelobten Eid gebunden zu halten, habe ich kein Verständnis. Der Stahlhelm muß nicht nach den lokalen Worten, die seine Führer dem Reichspräsidenten in die Hand versprochen haben, sondern nach seinem Geist beurteilt werden. Wir werden in dieser Hinsicht das tun, was wir pflichtgemäß für notwendig halten. (Sehr gut! bei den Soz.)

Für die Ostmark hat die Staatsregierung das getan, was zu tun nur möglich war. Es ist also nicht nötig, uns das Gewissen zu schärfen. Wenn die Herren sich gegen das Eindringen des polnischen Elementes wehren, so mögen sie bei sich selbst anfangen und keine polnischen Wanderarbeiter mehr beschäftigen. Herrn von Rohrs Ausführungen waren nur eine Fortsetzung der alten habsburgischen Politik, die jetzt unseren deutschen Brüdern in Polen das Leben schwer macht. (Beifall bei den Regierungspartei.)

Abg. Schulz (Komm.) wiederholt zum großen Teil die Ausführungen seines Parteifreundes Schwenk über den Mißtrauensantrag gegen den Innenminister, spricht über den Vongertreuer und erhält einen Ordnungsruf, als er sagte, die bürgerlichen Reaktionsgenossen müßten ganz genau, welche lumpenhafte Gesellschaft sie mit der sozialdemokratischen Fraktion in ihre Gemeinschaft aufgenommen hätten. Der Redner erklärt zum Schluß, daß, wenn man der kommunistischen Partei die Demonstrationsfreiheit nicht gäbe, so würde sie sich gegen Braun, gegen Erzgrubner und gegen Jägermeister einnehmen. (Nach der Rede von Schulz ertönen auf der Zuschauerterrasse Bravorufen und Handclaque. Der Präsident ordnet die Räumung der Tribüne an. Beim Verlassen der Tribüne ruft ein Besucher in den Saal: „Ihr sozialistisches Verdrüßpaar.“)

Abg. Riedel (Dem.) wendet sich der Frage der Rundfunksteuer zu und verteidigt die Maßnahmen des Überwachungsausschusses. Abg. von Rohr habe die Beamtenhaft durch die Behauptung bestritten, wenn ein Beamter in Preußen sich zum Landesverrat bekenne, so trafe kein Haft danach. Die Landwirtschaft sei von der jetzigen Regierung außerordentlich unterstützt worden. Die Ueberdehlichkeit, mit der Herr von Rohr anderen Parteien die nationale Bestimmung abgeprochen habe, sei gerade bei den Deutschnationalen, die mit für jeden kommunistischen Mißtrauensantrag gestimmt hätten, völlig unangebracht.

Nach persönlichen Bemerkungen des Abg. von Rohr (DnL), dem der Ministerpräsident kurz antwortet, vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag, 12 Uhr. Schluß gegen 18 Uhr.

Das Zentrum fordert Wahlrechtsreform

Verkleinerung der Wahlkreise.

Der Reichsparteivorstand der deutschen Zentrumspartei hielt am Sonntag in Essen unter Vorsitz des Abgeordneten Dr. Ross eine Tagung ab. Einen Hauptpunkt der Beratungen bildete die Wahlrechtsreform. Hierzu wurde eine Entscheidung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Der Reichsparteivorstand hat sich in seiner heutigen Sitzung in eingehender Aussprache mit dem Problem der Wahlrechtsreform beschäftigt. Er hält eine Beseitigung der Schäden des bisherigen Wahlrechts für dringend notwendig. Dabei war er von der Ueberzeugung geleitet, daß die Veränderung des Wahlrechts, in welcher Form sie auch erfolgen wird, keinesfalls den alleinigen Weg zur Reform der parlamentarischen Zustände bedeutet. Soweit die Mißstände auf das heutige Wahlsystem zurückzuführen sind, ist die Herstellung einer engeren persönlichen Verbindung zwischen Wählern und Gewählten die dringendste Aufgabe, insbesondere auch bei Aufstellung der Kandidaten. Das in letzter Zeit lebhaft erörterte System der sogenannten freien Liste kann trotz mancher Vorteile keine brauchbare Lösung bieten. Als geeigneter Weg zur Verbesserung des bestehenden Wahlrechts erscheint dagegen die Verkleinerung der Wahlkreise, verbunden mit einer festen Begrenzung der Mandatsziffer für die einzelnen Parlamente. Der Reichsparteivorstand erwartet von den Fraktionen der Zentrumspartei, daß sie in Ausführung dieser Begehrten die parlamentarischen Möglichkeiten für eine beschleunigte Wahlrechtsreform mit Nachdruck wahrnehmen.“

Studentenschüler. In Lemberg kam es in einer Gastwirtschaft zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einer polnischen und einer jüdischen Studentenvorbindung. Im Verlauf der Schlägerei wurden Kapuze und Schuhschellen gezogen. Gegen 30 Studenten haben schwere Hiebverletzungen davongetragen, während zwei durch Revolverkugeln am Kopf verwundet wurden.

Georg Züttner

Georg Züttner, einer der treuesten Kämpfer unserer Partei, ist durch ein tragisches Geschick aus der Mitte seiner Parteigenossen gerissen worden. Gestern abend hielt der Kreis Pankow seine Delegiertenversammlung im Lirfischen Zeit. Kreis Saale, als Genosse Züttner war aus der Sitzung der Bezirksparlamentarierfraktion gekommen und wollte als Fraktionsführer unserer Genossen im Pankower Bezirksparlament aus seinen kommunalen Arbeitsgebieten berichten. Müdig und mit ganzer Seele bei der Sache, so wie ihn die Genossen seit Jahrzehnten im Dienst der Bewegung kannten, trat er vor die Versammlung und begann in seiner die Herzen von Freund und Feind gewinnenden Art seinen Vortrag. Es freute ihn, aus der erfolgreichen Kommunalpolitik unserer Partei zu berichten. Zahl reichte er an Jodel und aus ihnen ließ er das Bild der Mitarbeit der Sozialdemokratie im Bezirk Pankow entstehen. Plötzlich aber, nach kaum zehn Minuten, stockte er, taumelte und brach zusammen. Genossen sprangen herbei, um dem von Krämpfen Gepeinigten zu helfen. Die Ärzte der Nachbarschaft wurden sofort gerufen. Es war aber zu spät. In der Mitte seiner Genossen verschied der treue Kämpfer. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende bereitet.

Dreißig Jahre hat Georg Züttner der Partei gedient. Dreißig Jahre Mitgliedschaft waren für ihn dreißig Jahre Kampf für die Arbeiterklasse. Überall war er dabei. Überall half er mit aufzubauen. Zuletzt als Fraktionsführer der Genossen im Pankower Bezirksparlament. Das Vertrauen auf seine unerschöpfliche Kraft hatte ihn auf diesen Posten gerufen. Aber auch im Zentralverband der Angestellten stand er in vorderster Front. Er war eines der ersten Mitglieder des Verbandes und hat in schweren Kämpfen für diesen Zweig der Gewerkschaftsbewegung mitgekämpft. Er war schon einige Jahre hergehend. 27 Jahre war er, zuletzt als Abteilungsleiter, bei der Firma Dr. Paul Wener beschäftigt. Dann war er zu alt. Er erhielt seine Kündigung, und nur unter großer Anstrengung konnten die Genossen verhindern, daß er völlig stellunglos wurde. Mit geringerem Gehalt und auf bescheidenem Posten befehlt man ihn. Doch er war über sein Geschick zu erbittert. Sein altes Herzeleid brach wieder aus und rief ihn als erst 53jährigen aus der Mitte seiner Familie, seiner Freunde und Parteigenossen.

Die Sozialdemokratische Partei und der Zentralverband der Angestellten werden um ihn trauern als einen der Besten und Treuesten, der mit dem unerschütterlichen Idealismus und mit dem Glauben an den Sieg unserer Ideen die Fähigkeit verband, die zähe, unermüdete und schließlich erfolgreiche Arbeit des kommunalen Parlamentarier zu leisten.

Christlichsoziale gegen Hugenberg. Der Angriff auf die Sozialpolitik.

Hugenberg richtet heftige Angriffe gegen die deutsche Sozialversicherung. Er will sie abbauen und an ihre Stelle Zwangsparitäten setzen. Diese Gedanken werden in einem Buche vertreten, das sich „Arbeits- oder deutsche Sozialpolitik“ nennt und dessen Verfasser Gustav Harz heißt. Dies Buch ist, wie der „Deutsche“ mitteilt, auf Hugenbergs ausdrücklichen Wunsch bei Scherl verlegt worden. Der Verfasser ist im Einklang mit Hugenbergs Freund und Berater, Finanzrat Bang, für die Zwecke der Propagierung des Inhalts dieses Buches vom Scherlverlag angestellt worden!

Das Buch ist von Hugenberg selbst den Landesverbandsvorsitzenden als Richtlinie für die zukünftige sozialpolitische Arbeit aufs wärmste empfohlen worden. Der Verfasser ist durch Hugenberg zu einem Vortrag vor dem Parteivorstand veranlaßt worden. Die Landesverbandsvorsitzenden, die seinerzeit Hugenberg gewählt haben, propagieren das Buch im engsten Einklang mit ihrem Parteichef im ganzen Lande.

Diese Propaganda stößt auf heftige Opposition bei dem christlichsozialen Flügel der Deutschnationalen. Am Sonntag letzten der erweiterte Ausschuss des deutschnationalen Arbeiterbundes und der Reichsangelegenheitsausschuss der Deutschnationalen mit dem Hugenbergschen Angriff auf die Sozialpolitik auseinander. Herr Harz sollte referieren. Ueber die Vorgänge in dieser Versammlung berichtet der „Deutsche“:

Herr Harz gab folgende Erklärung ab: Er, Harz, stehe unter dem Eindruck, daß die Versammlung vorangegangen sei. Sei sie doch seit Wochen dahinschiebend nachträglich bearbeitet worden und durch Vermittlungen im Lande und durch Rundschreiben gegen ihn beeinflusst. (Lebhaftes Zwischenrufen: Unerschämtheit!) Ich (Harz) stehe hier im ungleichen Kampf gegen eine nahezu geschlossene Front von besoldeten Gewerkschaftsbeamten. (Schreiende Zwischenrufe: Unerhörte! Unersehene! Ungerechtheit! usw.) Wenn ich (Harz) auch über viel Mut verfüge und mich nicht scheue, vor lauter Gegnern zu sprechen, so muß ich doch vor Beginn meines Vortrags zwei Forderungen stellen: 1. daß keine Entscheidung angenommen wird und 2. daß über diese Versammlung keine Mitteilungen veröffentlicht werden dürfen. Ich werde, wenn dieses Verlangen nicht erfüllt wird, meinen Vortrag nicht halten und dann mich anderswo bemerkbar machen.

Herr Harz erhielt die Zustimmung nicht. Er hielt trotzdem sein Referat. In der Aussprache wurde er garobezwungen gestoppt. Die Versammlung endete mit der Annahme einer Entscheidung gegen den Hugenberg-Harzschen Plan, und in einem Schlusswort des Herrn Harz, das in einem Sturm von Zwischenrufen unterging. Der „Deutsche“ nennt diese Abrechnung mit Hugenbergs sozialreaktionären Plänen „in mehr als einer Beziehung sehr beachtlich“.

Psychopath Hölz.

Der Ueberfallene sucht Schutz gegen Drohungen beim Gericht.

Der Redakteur Emil Raßold hat bekanntlich gegen Max Hölz Strafanzeige wegen Nötigung und Bedrohung erstattet, nachdem er von Hölz in seinem Bureau im Verlaufe einer Auseinandersetzung fälschlich angegriffen worden ist. Max Hölz hat nun die Darstellung dieses Ueberfalles bestritten, was Raßold hat, in einer neuen Eingabe an die Staatsanwaltschaft die Hölzische Schilderung als unrichtig zu bezeichnen. Der Redakteur Raßold sieht sich dabei — wie die S.-S.-Correspondenz mitteilt — auf die Aussagen der Zeitungen, sowie ferner darauf, daß Hölz am Tage nach dem Ueberfall vor einer anderen Person die gleiche Darstellung von dem Zusammenstoß gegeben hat, wie sie in der Anzeige an die Staatsanwaltschaft niedergelegt worden ist.

Die Drohungen Hölz', gegenüber Raßold ein Verbrechen zu begehen, auch wenn er dafür noch einmal 20 Jahre ins Zuchthaus müsse, seien im Verlauf des Ueberfalles mindestens fünfmal gefallen und ferner sei durch Zeugen zu

Schacht in Paris.



DR. SCHWIT
Bird es trotz allem ihnen gelingen.
Die beiden Baden zusammenzubringen?

Poincaré pocht auf Dawes-Plan.

Schuld an einem Scheitern wären die deutschen Vertreter.

Paris, 22. April. (Eigenbericht.)

Poincaré eröffnete am Montag in Bar-le-Duc den Generalrat des Reuse Departements mit der angekündigten politischen Rede. Der französische Ministerpräsident hat bei dieser Gelegenheit auch zur gegenwärtigen Situation der Sachverständigenkonferenz gesprochen, ohne dabei im wesentlichen etwas Neues zu sagen. Er berief sich dabei auf seine in Chambery und Gené abgegebenen programmatischen Erklärungen, denen zufolge Frankreich von Deutschland die Dedung seiner Schulden an Amerika und außerdem einen angemessenen Betrag für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete fordern müsse. Man hätte annehmen können, fuhr Poincaré fort, daß auf dieser Grundlage die Sachverständigen leicht zu einer Einigung hätten gelangen können. Aber für den Augenblick hätten die deutschen Vertreter diese Hoffnung illusorisch gemacht. Wenn nun die Konferenz mit einem Flopso ende, so sei dies keineswegs ein Flopso für Frankreich. „Wir hätten uns“, erklärte der Ministerpräsident, „an Interesse Europas und der Welt beglückwünscht, wenn endlich diese undankbaren Schulden- und Reparationsfragen durch ein allgemeines Abkommen geregelt worden wären, und wir sind uns dessen bewußt, hierfür Konzessionen gemacht zu haben. Aber wenn unsere Bemühungen vergeblich blieben, so hätten wir uns, wie die Dinge lagen, an die Ausführung des Dawes-Plans, durch die uns auf Grund der demnachstigen Erpendung des Wahlfahrtsinbez eine

weitausgehende Erhöhung der Jahreszahlung noch vorbehalten ist.“ Poincaré hatte seine Rede, deren Schluß die außenpolitischen Ausführungen bildeten, mit einem wohl beachteten ausführlichen Hinweis auf die im Kriege hervorgerufenen Verwüstungen

des Departements Bar-le-Duc eingeleitet, um dann in längeren Ausführungen auf die innerpolitische Lage einzugehen. Er rief dabei seinen Zuhörern in Erinnerung, daß er nach der Bildung des gegenwärtigen Kabinetts selbst nur beiden Kammern erklärt habe, wie sehr er das durch den Austritt der Radikalen erfolgte Zerfallen der nationalen Einheit bedauere. Er habe deren Aufrechterhaltung nach für eine ganze Periode als unbedingt nötig angesehen, und das Wiederaufleben der alten politischen Gegensätze sei ihm immer peinlich gewesen. Er bedauere es auch heute noch.

Scharfe Erklärung Jaleski.

Warschau, 22. April.

Der polnische Außenminister Jaleski hat der amtlichen Telegraphenagentur eine Erklärung zur Verfügung gestellt, in der es heißt: Das Memorandum, das Schacht in Paris überreicht hat, gibt keinen Anlaß, den dort enthaltenen aggressiven Tendenzen vom polnischen Standpunkte aus entgegenzutreten, da ihnen jegliche realen Unterlagen fehlen. Denn keine Regierung kann in erklärter Weise die Revision des Versailler Vertrages verlangen. Dagegen erscheint mir die Art, in der Schacht Nationalität als Handelsobjekt für Konzessionen finanzieller Art behandelt hat, überaus verhängnisvoll. Da sie eine Rückkehr zu den Formen bedeutet, die vor dem Kriege zu katastrophalen Folgen geführt haben.

Das halbamtliche Warschauer Blatt „Iskpa“ spricht das Vertrauen aus, daß hinter diesem „Ausorevitt“ des Reichsamtpräsidenten weder Streikemänn, noch etwa gar Herrmann Müller stehen und daß dies nach dem empörten Auslandsdecho, das Schacht gefunden habe, auch zum Ausdruck kommen werde.

deweisen, daß Hölz sein Opfer zweimal am Halse gewürgt und mit dem Tode bedroht habe, falls Raßold noch einmal den Versuch machen werde, sich mit der von ihm geschiedenen Ehefrau über die Erziehung des Kindes auseinanderzusetzen.

Hölz habe den neunjährigen Sohn Raßold nicht nur mit in politische Rundgebungen geschleppt, sondern das Kind sei auch Zeuge eines Ueberfalles gewesen, den Hölz auf den Sekretär der „Roten Hilfe“, Gidenjäger, ausgeführt habe. Dieser Ueberfall hat sich an einem Sonntag in der Nähe von Friedrichshagen, wo Hölz wohnt, abgespielt und einen ziemlich großen Menschenauflauf hervorgerufen. Der Junge habe aufgeregt und weinend daneben gestanden, die Mutter habe es allerdings fertiggebracht, im Anschluß an die Schlägerei zu dütern: „Das hast du recht gemacht, Max.“ Der Sekretär Gidenjäger hat, wie in der Eingabe an die Staatsanwaltschaft betont wird, die Richtigkeit des von dem Kinde dem Vater gegebenen Erlebnisses bestätigt und ist dafür als Zeuge benannt worden. Nach diesen Vorkommnissen habe Raßold nicht nur das Recht, sondern nach Ansicht des zuständigen Jugendamtes auch die Pflicht, das Kind der Mutter wegzunehmen, was inzwischen unter Zustimmung von polizeilichem Schutz geschehen sei.

Die Strafanzeige gegen Hölz sei nicht zuletzt auch deshalb erfolgt, weil Raßold von Freunden, die den Charakter des Hölz kannten, wiederholt dringen und gewarnt worden sei, nichts zur Sicherstellung der erzieherischen Zukunft seines Sohnes zu unternehmen, da er sich sonst infolge der angedrohten Handlungen des Hölz bewußt ins Unglück stürzen würde.

Gewaltstreik in Aegypten geplant.

Selbst England warnt vor Verhaftung der Oppositionsführer

Kairo, 22. April. (Eigenbericht.)

Die Beziehungen zwischen der ägyptischen Regierung und der Opposition haben sich derart zugespitzt, daß der Ministerpräsident Mohammed Mahmud in einer geheimen Kabinettsitzung den Vorschlag gemacht hat, den ehemaligen Ministerpräsidenten und Führer der nationalistischen Partei Nahas Pasha und fünf Mitglieder ihres Zentralkomitees zu verhaften und zu deportieren.

Es ist bezeichnend für die englische Haltung in der ägyptischen Frage, daß das Konsulat in London auf eine Sondernotiz des ägyptischen Kabinetts hin abgelehnt hat, einer so weitgehenden Maßnahme zuzustimmen und daraus hingewiesen hat, daß es sich den innerägyptischen Streitigkeiten gegenüber neutral verhalte. Das ägyptische Kabinet hat daraus die Folgen gezogen, daß England die Gegenfuge zu der Opposition nicht bis zum äußersten treiben will und auf die Maßnahme vorläufig verzichtet.

Der Plan, der durch die Judikation eines hohen Funktionärs zur Kenntnis der Nationalisten gelangt ist, hat in der

ägyptischen Öffentlichkeit große Aufregung hervorgerufen. Das Organ Nahas Pashas „El Balagh“ richtet anläßlich dieser Angelegenheit eine scharfe Warnung an die Regierung. Es warnt das Kabinet und den König vor detestischen Gewaltmaßnahmen und weist auf die innerpolitischen Folgen hin, die aus der Verbannung Joghul Pashas und seiner Freunde nach den Senhelle anstünden. Die Politik der maßbilligen Partei werde auf die Weise nicht im geringsten gelindert werden, da die verhafteten Führer jederzeit durch andere ersetzt werden können. Eine Zertrümmerung der Opposition lasse sich durch eine solche Gewaltpolitik nicht erreichen, und würde nur dazu führen, daß sich die Aufregung des Landes weiter steigert, und blutige Anträge zu einem Sturze der Regierung führen können.

Kommunisten gegen Asprecht.

Trotsky darf nicht nach Norwegen.

Oslo, 22. April.

Nach längerer Aussprache hat der Storting mit 71 gegen 52 Stimmen den Antrag der Arbeiterpartei auf neue Prüfung des Einreisegesetzes für Trotski abgelehnt. Der Ministerpräsident hatte erklärt, daß die Ablehnung des Einreisegesetzes endgültig sei. Mit der Regierung stimmen die Konservativen, die Bauernpartei, die Radikalen, die Kommunisten, ein Teil der Arbeiterpartei und ein unabhängiger Liberaler.

Keine Revision mit Horthy-Kurs.

Ungarische Sozialdemokratie und Trianon-Vertrag.

Budapest, 22. April.

Die Liga zur Revision des Vertrages von Trianon, die auf die Initiative von Lord Rothermere gegründet wurde, hat die sozialdemokratische Partei aufgefordert, an ihren Arbeiten teilzunehmen. Die Partei antwortete im „Nappal“, daß auch sie den Trianonvertrag für ungerecht und revisionsbedürftig halte, daß sie aber eine Revision nur mit friedlichen Mitteln anstrebe. Die Partei lehne jedoch den Anschluß an die Liga ab, weil das gegenwärtige Regime die Demokratie, die Vorbedingung zur Wiederherstellung der öffentlichen Freiheit, bekämpfe.

Die transjordanische Volkensammlung besteht aus 22 Abgeordneten, von denen sechs regelmäßig die höchsten Beamten sind, nämlich der Ministerpräsident, der Justizminister, der Schatzminister, die beiden Direktoren des Unterrichts- und des Gesundheitsamts und der Generalsekretär der Regierung. Die anderen 16 Abgeordneten sind gewählt; es sind jetzt 11 Mohammedaner, 3 Christen und 2 Juden. Von den 11 Mohammedanern vertreten zwei die Interessen der Romaden.

Reichstagsbeginn.

Kleine Vorträge. — Heute politische Debatte.

Der Reichstag ist am Montagmorgens wieder zusammengetreten. Eine Zuschrift des Reichstanzlers teilt die Erweiterung der Reichsregierung mit.

Abg. Stöcker (Komm.) vermisst — „zur Tagesordnung“ — eine Regierungserklärung und eine Debatte darüber aus diesem Anlaß, zumal das Staatskompromiß der Erörterung bedürftig. Wir beantragen eine solche Debatte sowie die Aufhebung des Demonstrationsverbots in Berlin und Hamburg für den 1. Mai, sowie die Wiederaufnahme der Lohnverhandlungen mit den Reichsarbeitern.

Präsident Löbe: Morgen beraten wir den Etat des Reichstanzlers, da ist Gelegenheit zu politischer Debatte.

Dem kommunistischen Antrag auf eine Regierungserklärung wird nicht widersprochen, der Wunsch wird der Regierung mitgeteilt werden. Der verlangten Stellung der übrigen Anträge Stöckers auf die Tagesordnung von heute wird widersprochen, sie unterbleibt daher.

Die deutsch-litauischen Verträge — Schiedsgericht, Grenzziehung, Schifffahrt, Sozialversicherung im Remelgebiet, Pensionen, Fischerei usw. — werden nach dem Ausschußbericht des Abg. Lufft (Soz.) verabschiedet.

Nach debattierender Annahme einiger weiterer Staatsverträge, darunter des Weltunionsvertrages in zweiter Lesung, bewängelt zum internationalen Abkommen über die Einrichtung von Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen.

Abg. Ende (Komm.) den Entwurf als unzulänglich und praktisch wirkungslos gegen die Ausbeutung der Arbeiter.

Reichsarbeitsminister Wissell:

Einundzwanzig Staaten auf der internationalen Arbeitskonferenz haben diesem Entwurf zugestimmt, die Tschechoslowakei konnte es nicht, weil zwar ihre Arbeitervertreter dafür, ihre Unternehmervertreter aber dagegen waren. Es handelt sich um eine internationale Verpflichtung der dem Abkommen beitretenden Staaten, Verfahren einzurichten oder beizubehalten, die die Festsetzung von Mindestlöhnen für gewisse Gewerbe, besonders für die Heimarbeit gestatten, in denen wirkliche Einrichtungen zur Lohnfestsetzung durch Kollektivverträge oder auf anderem Wege nicht bestehen. Wer den Fortschritt will, muß diesem Entwurf zustimmen, denn er ist der erste Schritt, um den Arbeitern, denen es am schlechtesten geht, die Möglichkeit einer Verbesserung ihrer Existenz zu geben. In Deutschland können die Fachauschüsse bereits Mindestlöhne festsetzen, indem sie die Tariflöhne für allgemein verbindlich erklären. Wer international einen Schritt vorwärts tun will, wird dieses Abkommen annehmen.

Der Entwurf wird angenommen.
Zur Vorlage auf Verlängerung der Wahlperiode der Reichstagskammern im Herbst von zwei auf vier Jahre bemerkt

Abg. Janschet (Soz.)

In der ersten Lesung hat der kommunistische Abg. Janschet behauptet, daß dieser Entwurf die Arbeiter entrechtete. Dabei haben sich die Kammern seit Jahren für die Verlängerung der Wahlperiode ausgesprochen, und zwar auch die fünf kommunistischen Mitglieder, darunter der preussische Landtagsabgeordnete Sobotta. Ich hoffe, daß diese Feststellung auch die kommunistische Partei für die Vorlage gewinnen wird. (Heiterkeit.)

Abg. Lorzler (Komm.) beantragt, die bereits erwähnten Anträge Stöckers auf die morgige Tagesordnung zu stellen, wenn man das für heute schon verbindet habe und jetzt der Reichstag nach dreipiertelstündiger Sitzung schon wieder auseinandergehe. — Der Antrag Lorzler wird abgelehnt, das Haus vertagt sich auf Dienstag 2 Uhr: Zweite Lesung des Etats. Schluß vor 4 Uhr.

Großkampftag im Jorns-Prozeß.

Ausreden und Blamagen des Reichsgerichtsrats.

Die Vormittags-Sitzung des gestrigen dritten Verhandlungstages im Jorns-Prozeß endete mit einer eingehenden Besprechung darüber, daß Jorns den Haftbefehl gegen Runge nicht telephonisch gegeben hat — wie Jorns behauptet, um Verrat zu verhindern. In die Enge getrieben, beruft er sich schließlich auf die Zustimmung des Gerichtsherrn, von dem vorher befundet worden ist, daß er immer dem zugestimmt hat, was der Kriegsgerichtsrat vorschlug. Er hat den Haftbefehl, ohne ihn auch nur als geheim zu bezeichnen, durch die Registratur gehen lassen, die dem Adjutanten Pabsts, Hauptmann v. Pflug-Hartung, unterstand, und als Runge daraufhin verhaftet werden sollte, war er schon weiterverköhoben. Jorns betont schließlich, der Befehl sei kwertiert gewesen — fügt aber mit einem Aufschrei, das er in kritischen Momenten gern dem Gericht zusendet, noch hinzu, gerade wenn

der „wie Pech und Schwefel“ zusammenhaltende Divisionsstab geahnt habe, was in dem Kuvert sei, hätte er es sicher aufgemacht, das sei immer so gewesen!

In einer Diskussion mit dem Angeklagten Bornstein entschließt Herr Jorns das schöne Geständnis, er habe die Solidarität der Beschuldigten oder Verdächtigten schon gefunden — von ihrem Standpunkt aus, fügt der Herr Reichsgerichtsrat hinzu, als er den Eindruck dieser Worte merkt. Bornstein und Levi bezweifeln darauf, daß sich

Untersuchungsrichter freuen, wenn Mörder solidarisch sind,

was der Vorsitzende entschieden verneint.

Schließlich lehnt Jorns jede Verantwortung für die Ausführung seiner Verfügungen durch die Kommandostellen ab, also auch seines Haftbefehls gegen Runge. — Zu der Tatsache, daß

die Jellentüren der Mörder stets offen

waren, bietet R.-M. Levi sein Eideszeugnis dafür an, daß er als „Schutzhäftling“ der strengsten Gefängnisordnung unterworfen war, man also diese Freiheit der unter Werdanklage Stehenden nicht mit der „damaligen Zeit“ begründen könne!

Auf die Fragen Levi, warum Jorns nicht weiter nachgeforscht habe, wer Frau Runge geldlich unterstützte, um so doch die Geldgeber zu ermitteln, hat Jorns eine befriedigende Antwort nicht; er sei nicht so geschicklich wie Levi und habe daher nicht kombinieren können, daß hinter den bereits festgenommenen Tätern noch mehr Leute stehen könnten. Aus den Lippen der Offiziere habe er nicht schließen müssen, daß ein Mordplan bestanden habe.

Nach längerer Debatte und nachdem Runge seine Ausfagen etwas eingeschränkt hat, wird er verurteilt.

Jorns gibt eine längere Erklärung ab, wie es gekommen sei, daß durch Verfügung des Gerichtsherrn die Untersuchung in der Sache Liebknecht dem Kriegsgerichtsrat Kurhig abgenommen und in seine Hände gelegt wurde. Damals lag gegen Vogel nur vor, daß er als Transportführer seine Pflicht verlegt hätte. Exz. Hoffmann war der Meinung, daß Kurhig, damals Assessor, der Sache nicht gewachsen wäre, während ich ein alter Kriegsgerichtsrat war.

Zeuge Kurhig: Herr Jorns hat mir davon nie etwas gesagt. Haben Sie den Volksbeauftragten, von denen Sie wußten, daß sie mit mir gut standen, davon etwas gesagt? — Nebenkl. Jorns: Nein.

Ich habe bisher mit niemand darüber gesprochen. Das entsprach dem Wunsch und dem Interesse von Exz. Hoffmann.

Auf eine Frage Levi bekennt Jorns, daß er auf Veranlassung von Canaris zum Reichsgericht berufen worden sei.

Dr. Levi behauptet, Vogel sei überhaupt nicht mehr Soldat gewesen, sondern habe dem Einwohnerwehr angehört, und das Verfahren hätte vor dem Zivilgericht ganz anders geendet. — Jorns erwidert, daß er die Zuständigkeit des Militärgerichts, zumal es sich um ein militärisches Vergehen zunächst handelte, nicht nachgeprüft, sondern für gegeben gehalten habe — Es wird aus den Akten die Auskunft verlesen, die Hauptmann Pabst seinerzeit vor dem Kriegsgericht gegeben hat; danach war

Vogel vom 15. Januar 1919, 10 Uhr vormittags, wieder Soldat!

Endlich wird noch folgendes festgestellt: Am 14. Februar 1919 erschien Stadtrat Grünner (Soz.), früherer Offizier, bei Jorns und teilte ihm mit, daß er (Gr.) am 19. v. M. die Wache im Edenhotel geholt habe. Sein Vachsvorgänger Leutnant Sander habe ihm gesagt, er habe ihm im Auftrag des Hauptmanns Pabst mitzutellen, er (Gr.) möge auf die Wachsoldaten einwirken, daß diese nicht dumme Sachen reden — es sei doch am 15. v. M. auf der Wache die Sache mit Liebknecht und Luxemburg passiert. Er, Grünner, habe erwidert, er führe diesen Befehl nicht aus. Sander möge das Pabst nur bestellen! — Auf diese Behauptung Grünners sollte Pabst verhaftet werden, da nahm sein Adjutant v. Pflug-Hartung diese Sache auf sich; er habe Sander diesen Auftrag erteilt.

So blieb Pabst verschont!

Es ergibt sich auch noch, daß in der Dienststelle Ia (Stabskommando Pabst-Pflug-Hartung) verschiedene Akten verschwunden sind!

Mittwoch früh soll v. Berger über die falschen Pässe vernommen werden, worauf die Schlussvorträge beginnen.

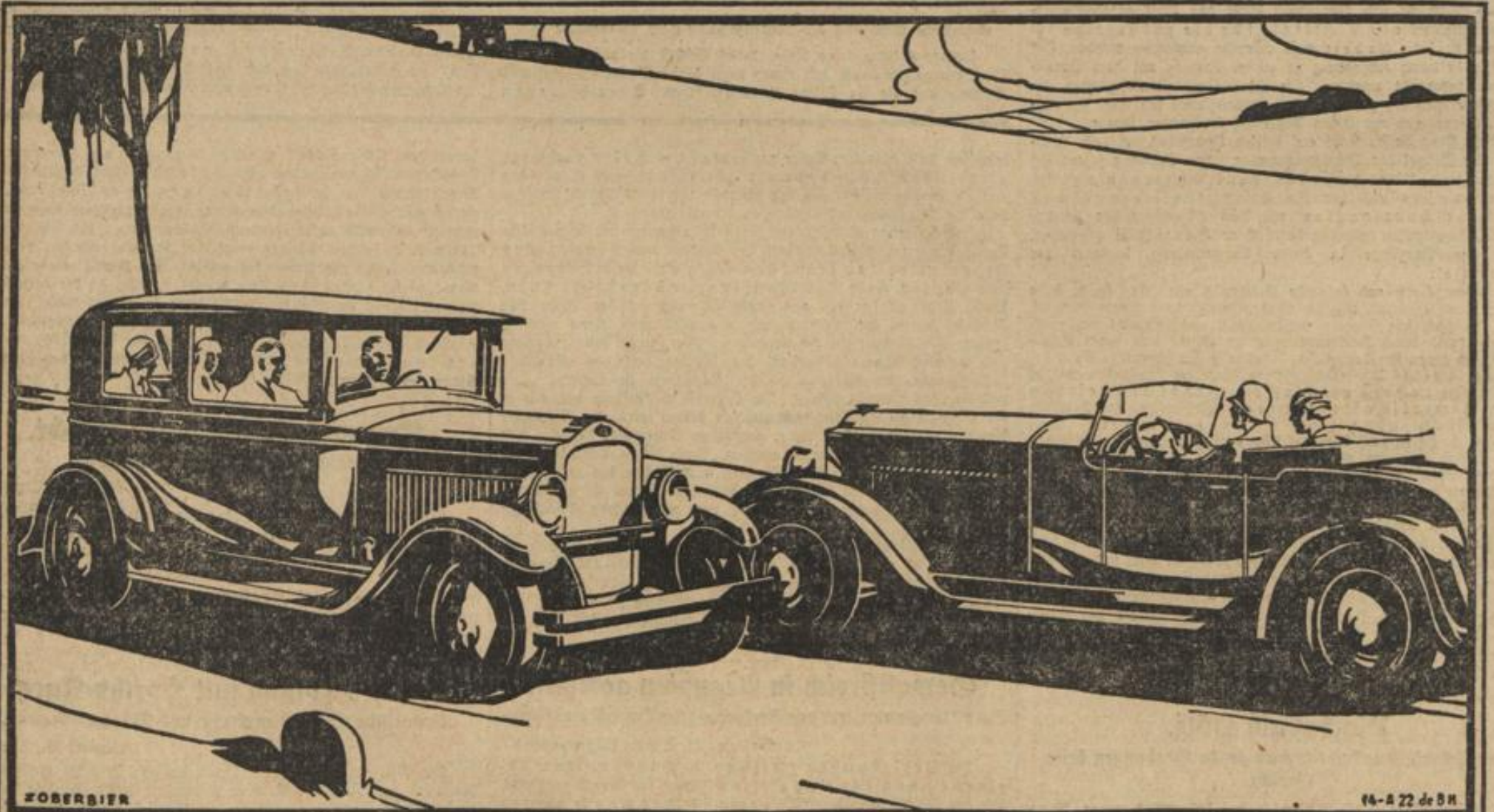
Berichtigung.

Infolge Mißverständnisses ist im Prozeßbericht unserer gestrigen Abendnummer von einer 300 000-Mark-Prämie der damaligen Reichsregierung auf die Ergreifung der Mörder die Rede. Tatsächlich hat Runge ausgesagt, v. Pflug-Hartung habe den Mordbefehl auch durch die Behauptung unterstützt, Scheidemann habe 300 000 M. Prämie auf die Einkieferung Liebknechts und Rosa Luxemburgs, tot oder lebendig ausgelegt.

Dazu erklären wir, daß Pflug-Hartung, wenn er und die den Runge nach Berlin transportierenden Kriminalbeamten dies behauptet haben, sie — ebenso wie alle, die das noch wiederholt hätten — die gemeinste Lüge verbreitet haben!

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich: Dr. Curt Gepp; Schriftf. G. Ringelshöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: R. D. Köhler; Verleger: Fritz Kerschke; Anzeigen: Th. Meier, sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Eisner & Co. Berlin, S. W. 46, Lindenstraße 2. Gleizu 2 Beilage n. „Unterhaltung und Wissen“.



WEIT ÜBER 100 000 4 PS

Opelwagen wurden in den letzten Jahren verkauft! In allen Ländern und Volksschichten haben sie begeisterte Anhänger gefunden. Die Opel 4 PS sind hundertprozentige Automobile, deren Leistungsfähigkeit und Ausdauer noch stets die Erwartungen der Käufer übertroffen hat. Tausende von Zeugnissen bestätigen dies. Lassen Sie sich eines dieser bewährten Fahrzeuge unverbindlich vorführen. Prüfen Sie! Rechnen Sie! Vergleichen Sie! Je sorgfältiger Sie dies tun, desto überzeugter werden Sie sagen: „AUCH ICH KAUFE OPEL“.

OPEL

ADAM OPEL A.-G., RUSSELSHEIM A. MAIN

Zweisitzer RM 2150.-, Zweisitzer Luxus RM 2450.-, Cabriolet RM 2500.-, Viersitzer RM 2600.-, Limousine RM 2980.-, Cabriolet-Luxus RM 3200.-, mit Normalausrüstung ab Werk

Das Verkehrswesen Berlins.

Ausbau der Schnell- und Massenverkehrsmittel.

Ueber das Verkehrswesen Berlins sprach Stadtrat Reuter am Sonntag in der kommunalpolitischen Vortragsreihe der Arbeiterbildungsschule und des kommunalen Sekretariats.

Großstadtentwicklung und Verkehrsentwicklung stehen, führte Genosse Reuter aus, in Beziehung zu einander. Das Wachstum der Großstädte hat die Entwicklung der Technik und des Verkehrs gefördert. Aber die Entwicklung der Verkehrsmittel hat erst die riesigen Großstädte unserer Zeit möglich gemacht. Für die Großstadt ist neben dem Fernverkehr der Ortsverkehr wichtig. Ein hochentwickeltes örtliches Verkehrswesen ist Voraussetzung für die Produktionsfähigkeit der Großstadt. Leistungsfähige Verkehrsmittel sind aber auch eine Lebensfrage für die Großstadtbevölkerung. Die Rücksicht auf Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung Berlins erfordert, daß ihr die Möglichkeit gegeben wird, aus den Elendsquartieren der noch dem alten Bebauungsplan angelegten Arbeiterviertel zu entfliehen. Weiträumige Bebauung der Außenbezirke muß wieder gutmachen, was frühere Jahrzehnte in dem Gebiet des älteren Berlin verpfuscht haben. Hierzu ist nötig, daß die Außenbezirke durch ein Netz ausreichender Verkehrsmittel mit dem Stadtkern verbunden werden.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben schon vor Jahrzehnten die Sozialdemokraten gemahnt, daß die Stadt selber das Verkehrswesen in die Hand nehmen und es planvoll regeln muß. Was damals als unausführbar verlästelt wurde, ist heute Wirklichkeit. Erstaunlich wurde die Ausführung durch die frühere kommunale Zersplittertheit Berlins. Es gab in Berlin keinen einheitlichen kommunalpolitischen Willen, weil es kein einheitliches Berlin gab. Viele der Vororte hatten Wünsche und Ziele, die denen Berlins entgegengekehrt waren. Die 1890 von der Regierung angebotene Eingemeindung der Vororte wurde von Berlin, von seiner damaligen Stadtverwaltung, kurzfristig abgelehnt. Der Groß-Berliner Zweckverband von 1912 war ein Versuch, dafür Ersatz zu schaffen. Zu seinen Aufgaben gehörte auch, ein einheitliches Verkehrswesen herbeizuführen. Er erwarb das Straßenbahnunternehmen, das dann 1921 an die zusammengewürfelte Einheitsgemeinde Berlin überging. Das war ein entscheidender Schritt im Berliner Verkehrswesen.

Zur Zeit ist die Straßenbahn noch die Grundlage großstädtischen Massenverkehrs und sie wird es bleiben, solange die heutigen technischen Verhältnisse bestehen. Sie hat die Möglichkeit der Anpassung an die sehr rasch wechselnden Bedürfnisse des Massenverkehrs. Sie ist sehr viel billiger, als der Omnibus sein könnte, wenn er im Stadtkern die Straßenbahn ersetzen sollte. Daß in der Inflationszeit die Straßenbahn nicht an das Privatkapital verkauft wurde, dankt Berlin dem grundsätzlichen Widerstand der Sozialdemokraten gegen Veräußerungen städtischer Werke. Zur Bewältigung des Massenverkehrs auf Langstrecken eignen sich aber besser die schienensfreien Verkehrsmittel, die Hoch- und Untergrundbahn und die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen, weil sie schneller fahren können und unabhängig von störendem Straßenverkehr sind.

Die Weiterentwicklung der Hoch- und Untergrundbahnen mußte nach dem Krieg eine Aufgabe der Stadt werden. Die Stadt erwarb die bis dahin vorhandenen Hoch- und Untergrundbahnen. Sie konnte dann für alle ihr gebührenden Verkehrsunternehmen die Tarifvereinheitlichung durchsetzen, die eine weitgehende Umsteigerberechtigung ermöglichte. Das hatte eine rasche und ganz außerordentliche Steigerung des Verkehrs zur Folge. Hauptsteigerungsstelle sind die Endbahnhöfe der Hoch- und Untergrundbahnen. Die Weiterführung in die Vororte hinaus wird den Umsteigevorteil noch erleichtern. Benutzt werden die Hoch- und Untergrundbahnen besonders für lange Strecken, die Straßenbahnen mehr für kurze Strecken. Der Ausbau des Schnellbahnnetzes ist im Hinblick auf den Massenverkehr unabwendbar. Er wird in dem gigantischen Ausmaß, das wir jetzt erleben, nur möglich, weil für das Verkehrswesen Berlins eine gesunde wirtschaftliche Grundlage geschaffen wurde. Sie ist gegeben durch die Berliner Verkehrs-Gesellschaft, in der alle Verkehrsunternehmen der Stadt einheitlich zusammengefaßt sind. Nicht unterschätzen soll man übrigens die Bedeutung der

städtischen Erneuerung, die im Zusammenhang mit den Bahnbauten ausgeführt wird. Nachdem das schon am Hermannplatz mit gutem Erfolg getan worden war, geschieht es jetzt noch durchgreifender am Alexanderplatz. Solche Umgestaltungen steigern den Wert der Nachbargrundstücke sehr beträchtlich, so daß die Stadt beim Verkauf der Reste des zum Bahnbau erworbenen Grundbesitzes mit dem Erlös fast die Bahnbaukosten decken kann.

Eine schwierige Aufgabe ist die Regelung der Beziehungen zur Reichsbahn. Das Gerücht, daß die Stadt die Reichsbahn pachten wolle, ist unzutreffend. Wünschen muß man aber, daß die Reichsbahn überall, wo es möglich ist, mit den Verkehrsanlagen der Stadt in betriebliche Verbindung gebracht wird. Vom Ringbahnhof Schinkelbrunnen wird man von jedem Bahnhof zur städtischen Schnellbahn übergehen können. In der Frankfurter Allee, in Reutkölln, in Tempelhof, am Alexanderplatz, an der Jannowibridge werden ähnliche Verbindungen hergestellt. Schließlich werden wir aber auch zu verkehrsfördernden Tarifvereinbarungen mit der Reichsbahn kommen.

Falsch ist die Annahme, Berlin wolle nur noch Schnellbahnen bauen. Selbstverständlich wird auch der Ausbau des Straßenbahnnetzes nicht vernachlässigt. Von 1925 bis einschließlich 1929 wird der Zugang neuer Straßenbahnstrecken sich auf 80 Kilometer Doppelgleise stellen. Für entlegene Siedlungen werden zunächst Omnibuslinien eingerichtet. Der Vortragsredner wandte sich auch gegen die Legende, daß die Stadt Berlin all' ihr Geld für Verkehrsunternehmen ausgibt. Umgekehrt ist es: die Verkehrsunternehmen geben Geld für die Stadt Berlin aus, nämlich die Abgaben, die sie aus ihrem Ertrag dem Stadtkäse zuführen.

Stadtrat Reuter schloß mit der Feststellung, daß im Berliner Verkehrswesen heute durchgeführt ist, was zuerst und immer wieder die Sozialdemokraten gefordert haben. Die Zusammenfassung der Verkehrsunternehmen in den Händen der Stadt hat es ermöglicht, daß der weitere Ausbau der Verkehrsmittel jetzt mit der Entwicklung Berlins Schritt halten kann und wird. (Beifolger Beifall.)

Weil sie sich nicht um das Kind kümmerte. Ein Totschlagsprozeß vor dem Schwurgericht III.

Vor dem Schwurgericht III wurde der 22jährige Arbeiter Ernst Juch wegen Totschlages zu fünf Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Angeklagte hatte in der Silvesternacht seine Braut Minna Butter in Grünwald nahe der Heerstraße ermordet. Als man am Neujahrstag die Leiche fand, konnte die Ursache des Todes nicht gleich festgestellt werden. Polizeiliche Nachforschungen führten dann auf die Spur des Brautigams, der als Täter im April für Obdachlos verhaftet wurde.

In der Verhandlung war der Angeklagte geständig. Er war seit dem Frühjahr 1927 mit Minna Butter befreundet, sie hatte ein Kind von ihm und wohnte in letzter Zeit bei seiner Mutter. Er wollte sie heiraten, Weihnachten 1928 kam es aber zu einem Zerwürfnis, weil sie aus Faulheit ihre Stellung aufgeben wollte. Deswegen wollte er ihr eigentlich den Kaufpaß geben. Am 31. Dezember erfuhr er in einem Lokal von einem Freunde, daß seine Braut in der Wohnung seiner Mutter mit einem fremden Manne trinke. Er eilte in furchtbarem Zorn nach Hause und fand dort die Butter betrunken und unvollkommen bekleidet. Als sie sich angezogen hatte, schleppte er sie auf die Straße und verprügelte sie mit einer Hundepeitsche. Dann ging er mit ihr zur Heerstraße zu und warf ihr unterwegs vor, was denn aus ihnen beiden und dem Kinde werden sollte. Sehr schimpflich soll sie geantwortet haben: „Ich kümmere mich nicht mehr um das Kind. Ich weiß schon, was ich zu tun habe.“ Da geriet er in unerhörte Erregung, packte sie mit beiden Händen und mürkte sie.

Med.-Rat Dr. Dyrenfurth und Med.-Rat v. Wahrenholz, die die Obduktion vorgenommen hatten, erklärten, daß der Angeklagte

einen besonders gefährlichen Würgegriff angewendet hätte, der den Tod der Butter in einer Sekunde herbeigeführt hatte. Daß die Ermüdung die Todesursache war, konnte überhaupt erst nach genauem mikroskopischen Untersuchungen festgestellt werden. Der Staatsanwalt beantragte wegen Totschlages 6 Jahre Zuchthaus, während der Verteidiger Dr. Kowald darauf hinwies, daß hier eine Körperverletzung mit tödlichem Ausgang angenommen werden könne. Nach zweistündiger Beratung kam das Gericht zu obigen Urteil.

Der vierte Winter.

Starke Nachfröste. Es bleibt weiter kühl.

Nach den neuesten Wettermeldungen besteht für die nächste Zeit noch immer keine Aussicht auf eine nennenswerte Erwärmung, vielmehr ist weiter mit kühlem und unbeständigem Aprilwetter zu rechnen.

Im ganzen Reich lagen die Temperaturen sehr niedrig. In der Nacht zum Montag wurden stellenweise 7 Grad Kälte gemessen. In den Außenbezirken Berlins herrschten 5½ Grad und in der Innenstadt 2½ Grad Kälte. Im Laufe des gestrigen Tages stieg das Thermometer nur sehr langsam und zeigte als Maximum 7 Grad Wärme an. Später fiel die Quecksilbersäule wieder erheblich und ging nachts unter den Nullpunkt herunter.

Wie der amtliche Wetterdienst mitteilt, dauert die Zufuhr kalter Luftmassen aus den Polargegenden weiter an. In der Nähe von Schottland hat sich außerdem eine verbreitete Druckstörung herausgebildet, die langsam nach Süden abwandert und in deren Bereich das deutsche Gebiet heute gelangen dürfte. Die Folge wird wieder stärkere Bewölkung sein. Es ist daher bei sehr niedrigen Temperaturen mit wiederholten Schnees- und Graupelschauern, ähnlich wie am vergangenen Sonntag, zu rechnen.

Dieser neuerliche Kälterückschlag dürfte die Vegetation, die schon sechs bis acht Wochen zurückliegt, abermals unheilvoll beeinflussen.

Eine Ehrung für Hugo Heimann.

Unserem Genossen Hugo Heimann, dem Siebzigerjährigen, der an seinem 70. Geburtstag außerhalb Berlins gewohnt hat, bereite die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in ihrer gestrigen Sitzung eine Ehrung. Eine Feier in weitem Kreise, die beabsichtigt worden war, hat auf Heimanns ausdrücklichen Wunsch unterbleiben müssen. Der Fraktionsvorsitzende Genosse Flatau beglückwünschte ihn in einer Ansprache, die Heimanns erfolgreiche Arbeit in der Berliner Kommunalverwaltung mit herzlichsten Worten würdigte. In jahrzehntelangen Wirken habe Heimann die Lösung so mancher der Aufgaben vorbereitet, die jetzt gelöst werden. Stets habe Heimann durch Arbeit seines Willens und durch Vornehmheit der Geminnung sich ausgezeichnet. Als äußeres Zeichen des Dankes und der Verehrung überreichte die Fraktion dem nun siebenjährigen Kampfgenossen eine prächtige Vase mit Widmung. Genosse Heimann antwortete, daß nach vierzig Jahren kommunaler Tätigkeit (seit fast 30 Jahren ist er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, nachdem er vorher 10 Jahre Bürgerdeputierter in der Armenverwaltung war) dieses Arbeitsgebiet ihm schließlich das Liebste geworden sei. Er gedachte des Genossen Paul Singer, der in Berlin den Grundstein zu dem kommunalen Wirken der Sozialdemokratie gelegt habe. Heimann selber sei vor vier Jahrzehnten durch Singer zur Mitarbeit in der Kommunalverwaltung angeregt worden, und er habe das Glück gehabt, in einer Zeit stürmischen Vorwärtsdrängens mitarbeiten zu dürfen. Er danke der Fraktion für das ehrende Vertrauen, das sie ihm jetzt bewiesen habe. Flatau's Rede und Heimanns Antwort wurden von der Fraktion mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Stadtverordneten haben in dieser Woche zwei Sitzungen, eine außerordentliche am Dienstag um 18 Uhr und die ordentliche am Donnerstag um 16½ Uhr.

Jack London:



(Berechtigte Uebersetzung von Ermin Magnus).

Als die Sonne um zwölf über die Erdrundung emporjah, machten die Männer halt und zündeten ein kleines Feuer auf dem Eise an. Daylight hieb mit der Axt Stücke von den gefrorenen Bohnen los. Sie wurden aufgetaut, in der Bratpfanne gewärmt und bildeten die ganze Mahlzeit. Kaffee gab es nicht. Das Tageslicht war zu kostbar, um es auf solchen Luxus zu verschwenden. Die Hunde hörten auf, sich zu balgen, und sahen sehnsüchtig zu. Nur abends bekamen sie ihr Pfund Fisch. Tagsüber arbeiteten sie.

Die Kälte hielt an. Nur Männer aus Stahl können bei so niedrigen Temperaturen reifen, aber Rama und Daylight waren Auserwählte ihrer Rasse. Rama jedoch, der die Ueberlegenheit des andern kannte, wußte, daß er von Anfang an zum Untergang verurteilt war. Nicht daß er es bewußt an Fleiß und Willigkeit fehlen ließ, aber dies Bewußtsein drückte ihn zu Boden. Er betete Daylight an. Selbst stoisch, schweigend, stolz auf seine Ausdauer, fand er alle diese Eigenschaften in seinem weißen Kameraden verlorpert. Hier war einer, der sich in allem auszeichnete, worin ein Mann sich auszeichnen mußte, ein Halbgott, und Rama konnte nicht anders, er mußte ihn anbeten — wenn er es auch mit keiner Miene verrät.

Kein Wunder, daß die weiße Rasse siegte, dachte er, wenn sie solche Männer hervorbrachte. Was vermochte sein Volk gegen eine so zähe, ausdauernde Rasse? Selbst die Indianer reisten nicht bei solcher Kälte, und sie besaßen doch die Weisheit von tausend Generationen; und dieser Daylight, der Mann aus dem weichlichen Süden, war härter als sie, verlorchte ihre Angst und reiste zehn und zwölf Stunden am Tage. Und dieser Daylight glaubte, eine tägliche Schweißleistung von dreiunddreißig Meilen sechzig Tage lang auszuhalten zu können. Er sollte nur warten, bis frischer Schnee fiel, oder bis sie wieder auf ungebaute Wege oder an die große Eisbarriere um das offene Wasser kamen.

Aber unterdessen hielt Rama Schritt mit ihm, murrte nie und drückte sich nie von einer Arbeit. Fünfundsechzig Grad unter Null ist sehr kalt. Da Wasser bei zweiunddreißig Grad über Null gefriert, bedeuten fünfundsechzig Grad nicht weniger als siebenundneunzig Grad unter dem Gefrierpunkt. So erhält man einen Begriff von der Kälte, in der Rama und Daylight durch die Finsternis reisten.

Obgleich Rama beständig seine Wangen rieb, bekam er Frostbeulen an den Backenknochen, und das Fleisch wurde schwarz und gefühllos. Seine Lungenipitzen schmerzten — ein gefährliches Anzeichen, und allein schon ein Grund, daß ein Mann sich nicht im Freien bei fünfundsechzig Grad Kälte übermäßig anstrengen soll. Aber er klagte nie, und Daylight fühlte sich benso warm unter seinen sechs Pfund Kaninchenfell, wie der andere unter seinen zwölfen.

Am zweiten Abend schlugen sie nach weiteren fünfzig Meilen ihr Lager nahe der Grenze zwischen Alaska und dem nordwestlichen Territorium auf. Der Rest der Reise ging bis auf das letzte kurze Stückchen nach Dyea durch kanadisches Gebiet. Bei der schnellen Fahrt, und da kein Reuschnee gefallen war, gedachte Daylight am vierten Abend das Lager von Forty Mile zu erreichen. Aber am dritten Tag begann die Temperatur zu steigen, und das bedeutete am Yukon, wie sie wußten, Schnee. Auch mußten sie sich an diesem Tage zehn Meilen weit ihren Weg durch Eisschollen bahnen und den Schlitten über riesige Eisblöcke heben. Hier mühten die Hunde nur wenig, und sowohl sie wie die Männer mühten sich ab, ohne viel weiter zu kommen. Eine Stunde Ueberarbeit am Abend brachte ihnen nur einen Teil der verlorenen Zeit wieder ein.

Als sie am Morgen erwachten, lag der Schnee zwei Zoll hoch auf ihren Schlaffäden. Die Hunde waren ganz unter der weißen Decke begraben und wollten ungenügend ihr warmes Nest verlassen. Der Reuschnee bedeutete schwere Arbeit. Die Rufen klangen ein, und einer der Männer mußte beständig vorausgehen und den Schnee mit den Schneeschuhen festtreten, damit sie nicht umwarfen. Der Schnee ist in diesen Gegenden ganz anders, als man ihn in südlichen Ländern kennt. Er ist hart, fein und trocken wie Zucker. Er läßt sich nicht ballen und wirbelt wie loser Sand unter den Füßen auf. Er besteht nicht aus Flocken, sondern aus Kristallen — winzigen geometrischen Frostristallen. Es war wärmer geworden,

*) Es handelt sich stets um Fahrenheit.

kaum zwanzig Grad unter Null, und die beiden Männer schwiigten bei der Arbeit, obwohl sie die Ohrenklappen hochgeschlagen und die Handschuhe ausgezogen hatten. Sie erreichten Forty Mile an diesem Abend nicht mehr, und als sie am nächsten Tage dort eintrafen, machte Daylight nur halt, um Post und neuen Proviant aufzunehmen. Am folgenden Nachmittag lagerten sie an der Mündung der Klondike-River. Seit Forty Mile hatten sie nicht eine lebende Seele getroffen und sich beständig ihren Weg selbst bahnen müssen. Seit dem Herbst war noch keiner den Fluß hinauf südwärts von Forty Mile gekommen, und es konnte gut sein, daß sie den ganzen Winter die einzigen blieben. In jenen Tagen war Yukon ein einames Land. Zwischen dem Klondike-River und Salt Water bei Dyea lagen sechshundert Meilen schneebedeckte Wildnis, und auf der ganzen Strecke gab es nur zwei Stellen, wo Daylight möglicherweise Menschen treffen konnte. Beides waren isolierte Poststationen, Sixty Mile und Fort Selkirk. Im Sommer stellten sich wohl an der Mündung des Stewart- und des White-River, bei Big und Little Salmons und am Le-Barge-See Indianer ein, im Winter jedoch folgten sie, wie er wohl wußte, den Elchherden bis weit in die Berge.

An diesem Abend, an der Mündung des Klondike, legte sich Daylight nach verrichteter Abendarbeit nicht nieder. Einem Weißen hätte er gesagt, daß er die „Chance“ in sich spürte. Er schnallte sich die Schneeschuhe an, verließ die Hunde, die sich im Schnee verkrachten hatten, und Rama, der schwer atmend unter seinem Kaninchenfell lag, und kletterte den hohen Erdbhang empor auf die weite Hochfläche. Aber dicke Tannen versperrten ihm die Aussicht, und so schritt er über die Ebene und erklomm die ersten Ausläufer der dahinterliegenden Berge. Hier konnte er den Klondike, der im rechten Winkel aus Osten herabströmte, und den Yukon, der einen weiten Bogen von Süden her machte, sehen. Links, stromabwärts, gegen die Raoschide-Berge, zeigte sich der mächtige weiße Fled, von dem sie ihren Namen hatten, klar im Sternensicht. Leutnant Schwalka hatte ihnen den Namen gegeben, aber er, Daylight, hatte sie als erster gesehen, lange bevor der unerfahrene Forscher nach Ueberwindung des Chilkoats auf einem Fioch den Yukon hinabgefahren war.

Aber den Bergen schenkte er jetzt weniger Aufmerksamkeit als den weiten Ebene selbst, an deren Seiten das Wasser tief genug war, daß Dampfer dort anlegen konnten.

(Fortsetzung folgt.)

Erich Grisar: Eine Schmugglerfahrt

„Seit ich en bläden ant für, man kann an'n Abend noch vertragen,“ blüht der Wirt des kleinen holländischen Grenzgastrahfes mich, in den ich eingetreten bin, und rückt mir einen Stuhl an das offene Herdfeuer des Raumes, der Dece, Gostwirtschaf und Kaufladen zugleich ist.

„Das git worra Kneij,“ meint er noch und setzt sich wieder in seinen Schemel neben das Feuer, das mit hellem Glutern an dicken Baumwurzeln leht, die von Zeit zu Zeit mit leisem Knistern tiefer in die glimmende Asche sinken. Es ist schön hier zu sitzen und in die offene Luft zu bläsen und zu träumen von der Heide und den Wäldern, in denen das Holz einmal stand.

Der Alte wirft ein neues Stück Wurzelholz in die Glut und geht zum Schankisch, um zwei Männern, die eben eingetreten sind, ein Glas Bier einzuschleusen. Nach einigen geflüsterten Worten und forschenden Blicken auf mich setzen sich die beiden mit an das Feuer.

„Gut Wär van Nacht tom Kiffeln,“ bricht einer der Angekommenen nach einer Weile das Schweigen. Und mischt sich den Bierseum aus dem rötlichen, lang herabhängenden Schnurrbart.

„En bläden so still zum Kiffeln, meint der Opa. Man hört so ob Dufens Meier jedes Stückschen knacken. Auch der Mond kommt früh raus.“

Ich blide die drei fragend an. „De twee wolk ob de annere Siet, en bläden Kiffeln,“ erklärt mir der Alte. Ich weiß gleich, daß er Schmuggeln gemeint hat mit diesem Wort, das ich nie vorher gehört habe.

„Hier Schmuggeln wolk alles?“ frage ich.
„Alles nicht,“ gibt der Alte mir zur Antwort. „Die Paters hier im Kloster tuns nicht.“

„Und den annern heit die Kamifien ei Kiffeln allmählich angeleert,“ ergänzt der Schnurrbart den Satz. „Vor ein paar Jahren war es schlimmer.“

„Die Kamifien?“ frage ich.
„Nun ja, die Weiffen, die Zöllner,“ hört man mich auf.
„Ist es nicht schwer, an denen vorbeizukommen?“ frage ich ohnmühsam.

„Met Trommeln und Pfeifen trecht wie nich op de annere Siet,“ fährt der andere, der bisher still in seiner Ecke gesessen, auf.
„Wer trägt denn den Verlust, wenn die Zöllner einem die Broden wegnehmen?“ frage ich weiter.

„Wer das Trommeln und Pfeifen nicht vertragen kann, wolk aus der Arme rausbleiben,“ meint der Schnurrbart und hebt seine Stimme pathetisch. „Mi het se noch nich triegen,“ fährt er dann fort und bestellt sich einen neuen Schnops.

„Das Geld wird verschieden verdient“

Ehe der Alte ihn herandrängt, meint er philosophierend: „Da, das Geld wird verschieden verdient, die eine verdient et mit der Kofine und der annere mit dem Strickstod.“ Dabei gießt er dem Rest des halbgeleerten Schnopses in die Glut des Herdfeuers, daß eine blaue Flamme hochschlägt.

Wieder kommen Gäste. Es sind Bergsländer, wie man die nicht Orisanfässigen hier nennt, die auf die andere Seite wollen, um Kaffee zu holen. Der, auf den ich hier gewartet habe, ist unter ihnen. Nach kurzem Abschied verläßt ich mit ihm das Lokal.

„Die andern sind schon vor,“ sagt mein Begleiter, der schon unzählige Male diesen Weg gegangen ist und der auch in dieser Nacht unterwegs ist, um einen Paden Kaffee herüberzubolen.

Schweigend wandern wir durch die Nacht. Rechts und Links unseres Weges stehen hohe Fichten. Kaufmann. Manchmal der Schrei eines Käuzchens. Ein Grenzer fährt auf seinem Rade vor uns her.

„Der hat keinen Dienst,“ sagt Podel, mein Begleiter, zu mir. „Wir wissen genau, wo die Kamifien heute stehen.“ Auf Seitenwegen marschieren wir weiter. Tief sinken unsere Füße in den aufgeweichten Boden. Nach einer Viertelstunde treten wir aus dem Wald heraus. Ein Licht schimmert vor uns durch das Dunkel. „Ein annere Siet,“ sagt Podel und zieht mich durch eine Hecke. Ein frühlingsplüger Aker liegt vor uns. Von niederem Buschwerk umgrenzt. Fünfzig Meter noch, dann kommen wir an einem dreieckigen Meter hohen Grenzstein vorbei. Ein dreites Gebäude mit doppeltem Dachelel wächst vor uns aus dem Dunkel heraus. Hinter dem erleuchteten Fenster sich bewegende Schatten. Wir treten in das Haus. Eine geräumige Diele nimmt uns auf. Auf Stühlen oder Bänken sitzen oder acht Männer, alle in der gleichen verwitterten Kleidung und mit den gleichen verneigten Gesichtern. Einen Augenblick sehen die Männer, die dabei sind, knisternde Pakete in große Säcke einzunähen, auf und an mir herunter, aber auf ein paar Worte von Podel setzen sie ihre Tätigkeit fort. Eine junge Frau, deren Gestalt durch die langen bäuerlichen Kleider noch höher wirkt als sie es ist, tritt auf mich zu. „Sells was sein?“ fragt sie.

Ich weile auf Podel. 60 Pfund Gold, sagt der und folgt der Frau in den Winkel neben der Diele, dessen Wände mit Regalen voller Kaffee und Tabak verstellt sind. Einige Ruspfeifen liegen zur Schau. Schotofode. Sonst nur Ware, die zollpflichtig ist.

„Lohnt sich das Geschäft?“ frage ich.
Ein frogender Blick aus den Augen der Frau fällt durchdringend auf mich.

„Sie sind wolk einer von die Kamifien?“ fragt sie und fährt dann, als beruhe sie sich vor sich selber, fort: „Wir dürfens ja.“

Sie hat recht. Sie darf verkaufen, was sie will, aber dennoch hat sie es nicht gerne mit den Kamifien zu tun, denn sie hält mit den Männern, die bei ihr kaufen. Auch mit ihnen halten, wenn sie verkaufen will.

Der Preis des Kaffees

Aber es ist keine Sorge für sie und ihre Kunden. Hinter mir steht nicht die Macht des Staates, der zwanzig Meter von hier seinen Grenzstein aufgerichtet hat und der für jedes Pfund Kaffee, das an diesen Stein vorbeigeführt wird, einen Tribut von 1,70 Mark verlangt, der die Ursache dieses nächtlichen Handels ist. Denn zwischen dem Preis des Kaffees auf dieser Seite der Grenze und dem Preis auf der anderen Seite ist Raum genug für viele Ergänzungen. Was der Staat an Zollgebühren verliert, das gewinnt die Bahn an sonst nicht notwendigen Eisenbahnfahrten, das gewinnt der Händler, der hier an der Grenze, obwohl auf drei Häuler zwei Wäden kommen, mehr Geld durch Handel verdient, als durch das Besetzen seines Bodens, das gewinnen die Hausfrauen in den Grenzgebieten, die den geschmuggelten Kaffee billiger kaufen, als den perzollten, und zum Schluß, aber wirklich zum Schluß, gewinnen die daran, ohne die

es keinen Schmuggel gibt, die Schmuggler. In Säden bis zu 80 Pfund bringen sie den Kaffee über die Grenze. Dafür bekommen sie, wenn sie nur Schlepper sind, die nicht auf eigene Rechnung, sondern für einen der Hintermänner, die weit vom Schuß sitzen, 15 bis 20 Mark. Besser stehen sich die, die auf eigene Rechnung schmuggeln. Sie verdienen etwa 30 bis 40 Mark pro Schmuggelfahrt, die nicht selten erfolglos ist und manchmal sogar zum Verlust der Ware und zu hoher Geldstrafe führt, die jedoch in der Mehrzahl der Fälle abgesehen wird, denn es sind zumeist Arbeitslose oder kleine Landarbeiter, die ihre Verhältnisse durch den Schmuggel zu verbessern suchen, der nur für wenige ein gutes und sicheres Geschäft bedeutet.

Unsere Kolonne

Die Rollen sind gepackt. Einer der Schmuggler geht nach draußen und kommt wieder. Wir können gehen, sagt er zurückkommend. Podel spricht noch einige Worte mit dem Führer der Gruppe, der hat Bedenken, aber schließlich darf ich mitgehen. Gemeinsam verlassen wir das Haus. Ein kleiner Hund schnuppert an mir herum. Der Wachhund der Kolonne, der jeden Menschen, der sich am Wege verirrt haben könnte, sofort verbellt. Zwei Mann, unbepackt, gehen voraus, drei weitere, ebenfalls unbepackt, folgen. Die Vorhut, die höchstens eine Bestrafung wegen unerlaubten Ueberfahrens der Grenze riskiert, wenn sie von Zollbeamten gestellt werden sollten, die aber eine Gefahr für die Zollbeamten bedeutet, wenn sie sie passieren lassen und glauben, die sieben oder acht der Vorhut folgenden schwer mit Kaffee oder Tabak gepackten Männer anhalten zu können. In diesem Falle würden sie zu allem berette Männer im Rücken haben, eine Gefahr, die manchem Zollbeamten, der sich ihr auslegte, schon das Leben gekostet hat. Aber wir stoßen auf keine Kamifien. Alle Strafen, über die unsere Kolonne wolk, sind von Radfahrern abgefahren, mit denen der Trupp, der mit langsam, aber forderndem Schritt sich durch das Dunkel bewegt, durch Lichtsignale ständig in Verbindung bleibt.

Lange schon haben wir die Grenze hinter uns, aber immer noch meiden wir die breiten Wege. Manchmal sinken wir bis zu den Waden in gluckenden Schlamm. Weiter geht es. Eine Straße liegt vor uns. Wir überqueren sie, folgen einer Bahnlinie und verschwinden wieder im Gebüsch. Ein Zug taucht heran. Wir sehen die Dampfwolke über dem Schornstein der Lokomotive sich rot färben. Weißer Glutschein fällt auf die gegenüberliegende Wand des Bodens, den wir eben durchschritten. Dann ist es wieder still. Bis plötzlich vor uns Krähnen aufschreien. Einen Augenblick lang steht ihr Krähnen in der Luft, ebensolange verhalten wir uns still. Dann

Ivan Heilbut: Vorfrühlingsgespräch

„Ich wolk Sie bitten,“ sagte ich zu meiner Wirtin, „Ihre Geranientöpfe vom Fensterbrett zu nehmen. Obgleich ich selber etwas von Blumen halte, liebe ich doch mit diesen Geranien, seitdem es draußen frühlingshaft ist, in ununterbrochenem Krieg. Denn jedesmal, wenn ich mein Fenster öffnen will, muß ich die Reihe der Töpfe herunterstellen und wieder hinauf.“

Meine Wirtin lachte und sagte: „Die Töpfe bleiben stehen, wo sie stehen.“

„Das Zimmer gehört aber mir,“ sagte ich.
„Die Töpfe bleiben stehen, wo sie stehen.“

„Zwei Töpfe am Fenster“ — lacht ich dazwischen — „sind zuviel für einen einzelnen Herrn.“

Meine Wirtin lachte gelassen: „Die Töpfe bleiben stehen, wo sie stehen.“

Sie stehen da. In einer absteigenden Reihe — vier große, vier mittlere, vier ganz kleine Töpfe. Die großen haben so feste Stämme, daß der erste Käfer in diesem Jahr meinte, er wäre im Wald. Und die Zweige, selber fröhlich gleich Stämmen, haben sich (in gedrängter Nachbarschaft) mit hellgrünen Blättern durcheinandergewirrt. In den kleinen Töpfen gucken nur Knospen über ihr Erdenrund — freilich über den Knospenkopf schiebt ein grüner Spieß wie eine spielfeine Feder über ein Vögereilein.

Da ich ein brutaler Mensch bin und wie die meisten brutalen Menschen ein Feigling, schimpfte ich mit den Pflanzen, die alles ertragen, unfähig zur Gegenrede — mit meiner Wirtin hingegen tat ich sehr höflich. Sie würde doch immer ihr Recht behaupten: die Töpfe bleiben stehen, wo sie stehen.

Eines Morgens, als ich die Töpfe herunterstellte und zwei von ihnen absichtlich zusammenließ, als ob es zwei Köpfe wären, begann der Käfer unter den zwölf, der sich in der rechten Ecke der Fensterbank sehr hoch und schmal an der Scheibe rechte, für sich und die anderen zu sprechen.

„Behandle uns gefälligst anständig,“ sagte er.
„Nanu?“ sagte ich überrollt.

„Wir können uns doch nicht alles gefallen lassen,“ fuhr er fort, „wolk wir schweigende Leute sind. Du tust mit uns ja nichts anderes als mit deinem Paar Stiefel, ich sehe jeden Abend, wie du sie vor die Türe wirfst. Ich möchte dir einmal klarmachen, mit wem du zusammenwohnst. Wir sind eine anständige Familie. Ich komme aus dem kultiviertesten Kreise, du hättest es längst an meiner gepflegten Erscheinung bemerkt, an meiner graziösen Linie, wenn du anders als mit deiner schlechti zu begründenden Mut uns betrachten könntest. Auch meine Familie, die du neben mir findest, gehört zu den besten Leuten des Landes. An meiner Seite — Mein, aber in glücklicher Fülle — sitzt meine Ehegattin; neben ihr, nur einen Zweig lang sie überragend, mein ältester Sohn. Er zeigt die besten Formen, und sieht ihm leicht an, daß sein Gemüt von der edelsten Bildung ist. Die kleinsten, die letzten vier in der Reihe, gehören nicht direkt zur Familie, ich habe sie adoptiert. Sie sind bereits zu Beschadheit und frühlichem Lebensgenuß erzogen. Wenn wir alle uns augenblicklich ohne unsere ausgezeichneten roten Schmuckblätter zeigen, so liegt das nur an zufällig äußerem Einfluß. — Nachdem ich dich so angeleitet habe, zu bemerken, was du bisher leider noch selbst nicht bemerkt hast, wolk du dir in deinem Innern gestehen müssen, daß unsere hohe Protokollin, deine geachtete Frau Wirtin, die wir dich täglich schmähend hören, daß sie, die uns Sonne und Luft zukommen läßt, indem sie uns in diese nortelhafteste Fensterstube gemietet hat — daß sie uns besser in Abstammung, Entwicklung und Wesen zu würdigen wolk als du. Es bleibt unsere angenehme Hoffnung, nach dieser nunmehr ge-

kommt einer der Vorausgegangenen zurück. Es war nichts. Ein Krähnenst ist aufgeföhrt worden. Trotzdem ändern wir nun unseren Weg.

Wolk eine Stunde sind wir schon marschiert, aber wir müssen weiter. Durch Wiesen und Moore; mehrere Drahtzäune müssen überstiegen werden, Straßen überquert, aber wir dürfen sie nicht gehen. 15 Kilometer weit reicht der Arm der Zollbeamten, aber auch dann noch ist nicht alle Gefahr vorüber.

Es ist bald Morgen, als der Trupp sich in einem niederen Busch zusammenfindet. Die Grenzzone ist passiert, jetzt heißt es unauffällig einen Zug besteigen. „Das haben die anderen besser, die nicht für sich selbst schmuggeln,“ sagt Podel zu mir. „Wenn die so weit sind wie wir, dann verböhren sie ihre Klammern, lassen sich ihr Ged geben und ziehen ab. Wir müssen jetzt erst bis 4 oder 5 Uhr herumlungern und sehen, daß wir unauffällig auf einen Bahnhof kommen. Sind wir glücklich zu Hause, müssen wir auch noch von Tür zu Tür das Zeug verkaufen. Und die eckelhafteste Handlei. Die Leute meinen, wir stellen den Kaffee und wollen ihn auch noch halb umsonst haben.“

„Na, ein Glück,“ mischt sich einer in das Gespräch, „daß heute noch keine Kamifien gekommen sind. Wenn man für einen anderen schleppt, kann man die Broden ja wegkneifen, aber auf eigene Rechnung kommt das Wegkneifen teuer.“

„Loh uns gehen,“ sagt Podel.
„Ist noch zu früh,“ meinen die anderen.
„Zusammen können wir sowieso nicht gehen.“

„Na dann hau ab.“ Wir marschieren aus dem Gebüsch. Mit Blei in den Gliedern kommen wir auf die Landstraße. Darin liegt ein Bahnhof vor uns. Der Wartesaal ist noch zu, aber Podel weiß Rat. Wir umgehen den Bahnhof und klettern in einen herestehenden Wagon. „Hier können wir bleiben,“ meint Podel. „Vor 4 Uhr kommt keiner.“ Wir schlafen. Die Unruhe weckt mich. Auch Podel ist wach. Wir verlassen unsern Anteil und schleichen uns an dem Weichensteller vorbei, der aber noch zu schlafen scheint.

Als wir schon eine Foherkarte Wfen, fällt mir ein, daß Podel seinen Rollen nicht mehr hat. „Loh nur gut sein. Ist nicht wolk, daß jeder sieht, was ich habe.“ Er hat ihn im Wagon gelassen und holt ihn sich, als wir den Bahnhof auf normalem Wege wieder betreten haben, zurück. Ich bestaune Podels Orts- und Sachkenntnis. „Ja,“ meint er, „wer sein Brot mit Kiffeln verdient, wolk mehr können, als Brot essen.“

Dann fährt unser Zug, und mit jedem Kilometer, den wir näher an die großen Städte des Industriegebietes herankommen, wird es draußen heller, und wie wir schließlich aussteigen, sind wir nichts als harmlose Reisende, die sich mit ihrem Reisegeld abmühen. Mit einem Pfund Kaffee, das ich auf eigene Rechnung geschmuggelt oder, um schmeichlich zu reden, gekneift habe, gehe ich nach Hause. Schließlich wolk ich doch auch mal billigen Kaffee trinken.

schönen Aussprache von Kreatur zu Kreatur, dich fürder zu unsren Freunden zählen zu dürfen.“

„Bereiten Sie,“ sagte ich stotternd, „ich schätze Sie sehr. Herr von Geranium, ich freue mich wirklich, so gebildete Zimmergenossen in Ihnen und Ihrer lieben Familie gefunden zu haben. Lassen Sie mich Ihnen sagen, daß Sie mir vom ersten Tage unseres Zusammenlebens bereits die Empfindung von äußerster Lebenswärme, fast möchte ich sagen, herzenerwärmender Gesellschaft eingeföhlt haben. Aber jenes lächlich neu in Erscheinung tretende Moment — jenes einzige ärgereische in unserem Freundschaftsverhältnis — machte mich leider im übrigen blind. Der Gedanke, Sie in wenigen Wochen jene unvergleichlich glühende Zier auf Kopf und Schultern tragen zu sehen, entzückt mich. Wie lange wird es noch dauern, daß Sie, dem Frühling zu Ehren, durch Ihre grüne Kleidung die rote Schönheit scheuchen lassen!“

„Frühling?“ sagte Herr von Geranium. „Sie meinen die Zeit, wenn die Luft voll Sonne in Herz und Lungen weht... Der höchste Abschnitt des Lebens. Ich fühle mitunter bereits einen Anhauch.“

„Ja,“ sagte ich, „es wird diesmal ein schöner Lenz. Ueberhaupt,“ fuhr ich fort, „sollen die Winter in Zukunft milder sein — war in der Zeitung zu lesen.“

Herr von Geranium gab darauf keine Antwort. Auch auf meine weiteren Anreden blieb er stumm. Er stand in gekammelten Ernst und schlanker Größe seiner bedeutenden Familie vor — noch die kleinsten erreichte sein Blick — und er war still wie ein Mann, der wolk, was das Dasein bedeutet.

Der Mensch in Cabrador. Cabrador, dieses Land mit seinem achtmaligen Winter und seinem viermaligen Sommer, seinen unermesslichen, pelzreichen Wäldern, seinem rauhen, für den Ackerbau ungeeigneten Klima, stellt an die Willenstraft und Selbstbeherrschung des Menschen und an die Widerstandsfähigkeit seines Körpers die allergrößten Anforderungen, und die Abhängigkeit des Menschen von der Natur tritt in wenigen Ländern so kraftig zutage wie gerade dort. Denn ein jeder steht vor der Alternative zu sitzen und zu jagen oder zu verkümmern. Dazu die Insektenplage, die im Sommer das Leben zur Hölle macht und eine Bestäubung in größerem Umfange bisher verhindert. Man findet im Innern Indianer und an der kahlen Küste Eskimos und wenige Neulandfischer, denen ihr jähres, widerstandsfähiger Körper gestattet, den Unilden des Klimas zu trotzen. Die Verbindung der Neulandfischer mit den Eskimos bzw. Indianern ergab einen neuen Volkstyp von kaum geheimerer Widerstandskraft und Anspruchsfähigkeit: den „Cabradorer“. Der kurze Sommer ist für ihn die Zeit des Fröhens, und im langen Winter durchstreift er die endlosen Wälder und stellt mit Fallen den Beutetieren nach, wodurch er es nicht selten zu einem gewissen Wohlstand bringt, der in der behaglicheren Ausstattung seines Blockhauses an der Küste zum Ausdruck kommt.

Pflanzen, die unterirdisches Wasser verteilen. Schon seit alten Zeiten hat man beobachtet, daß in trockenen Gegenden gewisse Pflanzen an den Stellen wachsen, an denen Wasser in geringerer Tiefe vorkommt. Da nun im Südwesten der Vereinigten Staaten große Wüstenstrecken sind, hat man dort diese Erscheinung wissenschaftlich untersucht. Dabei hat man festgestellt, daß bestimmte Pflanzen sich der Vertikalität anzupassen verstanden haben und infolgedessen gedeihen, während andere, bei denen das nicht der Fall ist, durch die Trockenheit einnicken. So kann man aus der Anwesenheit gewisser Pflanzen schließen, daß, je nach der Zeit, ein, zwei oder drei Meter unter der Oberfläche Wasser vorhanden ist. In Mexiko gibt es sogar Pflanzen, die ihre Wurzeln 11 bis 15 Meter tief in den Boden senden, um das nötige Wasser zu finden.

Kohlendebatten.

Winkelzüge der Zechenherren.

Die gegenwärtige Lohnbewegung der Ruhrbergarbeiter hat diesmal sehr zeitig ihre Schatten vorausgeworfen. Schon im November vorigen Jahres, als die Gewerkschaften noch keineswegs den Zeitpunkt einer Lohnbewegung festgelegt hatten, wurden die Zechenbesitzer beim Reichswirtschaftsministerium vorstellig, um dort ihre Klagen über die angeblich mangelnde Rentabilität des Bergbaus vorzutragen. Sie taten das scheinbar ohne eine besondere Absicht, gleichsam nur aus dem Mittelungsbedürfnis einer im unaufhaltbaren Niedergange begriffenen Industrie heraus, der die Regierung mit Rat und Tat zu Hilfe kommen sollte. Bei dieser Gelegenheit äußerte die Regierung den Wunsch, die Zechenbesitzer möchten doch ihre Auffassung über die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaus einmal im Zusammenhang schriftlich darlegen. Das geschah durch die

vielerörterte Denkschrift

des Bergbauischen Vereins, Essen.

Die Erörterungen, die sich an die Unternehmerdenkschrift knüpften, spielten sich zunächst in Verhandlungen ab, zu welchen der Reichswirtschafts- und der Reichsarbeitsminister die Parteien eingeladen hatten. Die erste beratende Aussprache am 26. Februar trug mehr informativen Charakter. Ihr folgte eine weitere Konferenz am 22. März in Berlin. Zu dieser Zusammenkunft lag bereits die grundsätzliche Stellungnahme des Alten Bergarbeiterverbandes vor, der in seinem Organ „Die Bergbauindustrie“ die Unternehmerdenkschrift einer eingehenden Kritik unterzogen hatte, worin er zu dem Schluss kam, daß bei der Fülle von Unwahrscheinlichkeiten in den Unternehmerangaben und bei dem Mangel jeglichen zahlenmäßigen Beleges derselben der Reichskohlenrat durch eine

fortlaufende Durchleuchtung des Ruhrbergbaus

endlich einmal volle Klarheit über den Stand dieses wichtigen Wirtschaftszweiges schaffen müsse. Die Berliner Konferenz führte zu keinerlei Ergebnissen. Der Grund für das Scheitern der ministeriellen Bemühungen lag weniger in der Weite der bestehenden Meinungsverschiedenheiten, als vielmehr in dem ständigen Ausweichen der Unternehmer, als die Bergarbeitervertreter auf das Vorliegen zahlenmäßiger Beweise drängten. Selbst als ihnen von den Bergarbeitern vorgerechnet wurde, daß, gestützt auf amtliche Kostenermittlungen der bergbauische Gesamtgewinn im Dezember 1928 ohne Grubenabschreibungen über 3 M. je Tonne abgezogen betragen hat und daß seitdem noch weitere Steigerungen zu verzeichnen seien, begnügten sich die Unternehmer mit ganz allgemeinen Ausführungen, welche die Gewerkschaftsberechnungen jedoch nicht im mindesten berührten. Bei dieser Sachlage hat der von den beiden Ministern unterbreitete Vorschlag auf Einsetzung einer sogenannten kleinen Kommission und auf Abschluß eines Burgfriedens bis zur Erledigung der Untersuchungen wenig praktische Aussichten. Die Anregung der Bergarbeitervertreter, den dazu gesetzlich berufenen Reichskohlenrat mit dieser Untersuchungsaufgabe zu betrauen, lehnten die Unternehmer ab. Mit dieser Ablehnung haben sie

ihre Absichten offen an den Tag

gelegt. Für die Bergarbeiter verlangen sie Bindungen in allen Tariffragen: Lohn, Arbeitszeit und Plantarif; für sich selbst aber die Sicherung von Millionengewinnen mit Hilfe übersteigter Abschreibungen und der Einfaltkultierung einer geradezu grotesken Gewinnspanne von 2 bis 3 M. je Tonne abgabefähige Kohlenförderung — und das alles unter Ablehnung jeder zuverlässigen wirtschaftlichen Durchleuchtung des Bergbaus.

Diesem Verstoß haben die Unternehmer durch die auch von den Unternehmern beabsichtigte und von ihnen für einen späteren Termin ausgesprochene Kündigung der Lohnordnung zum 30. April ein Ende gesetzt. Nachdem die Parteiverhandlungen vom 13. April, in denen die Bergarbeiter eine Lohnerhöhung um eine Mark je Schicht für alle Arbeitergruppen, die Unternehmer dagegen

eine Lohnkürzung um 5 Proz. oder eine halbstündige Arbeitszeitverlängerung

forderten, ergebnislos verliefen sind, wird jetzt der Streit im Schlichtungsverfahren ausgetragen.

Die Vorgeschichte dieser eigentlich von den Unternehmern eingeleiteten Lohnbewegung der Ruhrbergarbeiter erhält durch die Bergbaudiskussion im Preußenparlament und durch die Aussprache in der letzten Vollversammlung des Reichskohlenrates noch einige interessante Züge. Haben schon gewisse frühere Ausführungen des preussischen Handelsministers der Gegenseite zur Stützung ihrer pessimistischen Beweisführung gedient, so zeigt seine letzte Rede zum Vergebot eine unverkennbare Wechsellage mit den Verwaltungsaussagen in großen Montan-Generalsammlungen. Einige Stichworte machen das deutlich: Mengenkonjunktur; negative Rationalisierung; Leistungssteigerung, trotzdem aber: „Alle diese Verbesserungen haben unserem Steinkohlenbergbau eine befriedigende Lage im abgelaufenen Jahr nicht zu schaffen vermocht.“ Ueberhaupt läßt die Einstellung des Herrn Handelsministers jene gebotene Unterscheidung zwischen dem interessierten Patron staatlicher Bergwerksunternehmen und dem über dem Ganzen stehenden Sachwalter des Allgemeininteresses nicht immer so deutlich werden, wie das wünschenswert wäre. Was soll man dazu sagen, daß in den vom Handelsministerium herausgegebenen Handelskammerberichten im März folgendes zu lesen war: „Der Absatzmarkt im Bergbau besserte sich zwar etwas, doch zeigte für den Ruhrbergbau die auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministers abgefaßten Denkschriften eine trübselige (!) Lage, die durch die Kündigung des Lohnabkommens seitens der Bergarbeiter noch eine Verschärfung zu erhalten droht.“ Das ist Stimmungsmache in mangelhaftem Deutsch.

In der Form wesentlich eleganter, in der Sache nichtsdestoweniger ebenso bedenklich war der Bericht des Geschäftsführers des Reichskohlenrats, Bennhold, über die Lage der Kohlenwirtschaft, über dessen Echo bei den Arbeitervertretern wir bereits eingehend berichteten. Den Unternehmern wurde in der Diskussion deutlich genug entgegengehalten, daß ihre Schwarzmalerei keinen realen Hintergrund habe und mehr als ein lohnpolitischer Vorstoß zu bewerten sei. Der Ruhrbergbau hat in den letzten Jahren

in die Augen springende Rationalisierungsfortschritte

aufzuweisen, deren privatwirtschaftlicher Ertrag allmählich immer mehr zugunsten der Unternehmer in Erscheinung tritt. Dieses

günstige und zahlenmäßig nachweisbare Ergebnis ist um so bemerkenswerter, da dieser wirtschaftliche Gesundungsprozess auch heute noch mit einer Reihe von vermeidbaren Hemmungen belastet ist, die auf das Konto der Unternehmer zu buchen sind. Die wirtschaftliche Ergiebigkeit des Ruhrbergbaus könnte noch besser sein, wenn nicht ein Teil derselben zur Verzinsung und Amortisation einer übersteigerten Anlagenskapazität verwendet würde und wenn nicht der internationale Konkurrenzkampf gewaltige Mittel binden würde, die anderswo eine ertragreichere Verwendung finden könnten. Die stetige Aufwärtsentwicklung an der Ruhr ist größtenteils aus Gewinnen finanziert worden, wie auch die Unternehmer in ihrer Denkschrift ohne Umschweife zugeben haben. In den fünf Jahren seit der Stabilisierung sind

nach Unternehmerangaben 800 Millionen Mark

und zwar zu 60 Proz. aus eigenen Mitteln investiert worden. Ob diese Summe den tatsächlichen Umfang aller Investitionen seit 1924 wirklich trifft, mag dahingestellt bleiben. Immerhin steht sie in einem auffallenden Gegensatz zu der angeblichen Verlustwirtschaft und läßt die darüber hinaus von den Unternehmern erhobene Forderung neben dem Schmalenbachschen Abschreibungsatz von 1,74 M. je Tonne eine weitere Mark zum Ausgleich der angeblich bisherig ungenügenden Abschreibungen, sowie weitere 3 M. für Verzinsung des investierten Eigen- und Fremdkapitals anzusehen, wenig plausibel erscheinen. Durch eine derartige Ueberfälschung ihrer Forderungen haben die Unternehmer ihrer Sache selbst am meisten geschadet.

Keinesfalls ist es ihnen aber gelungen, die daraufhin von dem Verbands der Bergbauindustriearbeiter aufgestellte Rentabilitätsberechnung im Endergebnis abzuschwächen. Gegenüber der von den Unternehmern vorgebrachten Behauptung, daß sich die landwirtschaftlichen Ergebnisse des Ruhrbergbaus seit dem Schmalenbach-Gutachten, das auf der Grundlage vom November 1927 aufgebaut ist, nicht wesentlich verändert haben, konnte die Gewerkschaft den Nachweis erbringen, daß, ohne Grubenabschreibungen gerechnet, der Gesamtgewinn aus bergbauischer Produktion sich gegenüber 1927 glatt verdoppelt habe und daß für Januar 1929 infolge der seitdem eingetretenen Erlösverbesserung ein

Gesamtgewinn von 4,07 Ml. je abgabefähige Tonne

ergibt. Dieses günstige Ergebnis, zu dessen Berechnung die amtlichen Kostenermittlungen des Reichswirtschaftsministeriums als Grundlage gedient haben, ist daraus zurückzuführen, daß sich infolge der seit November 1927 eingetretenen Leistungssteigerung der Lohnanteil je Tonne sich praktisch überhaupt nicht verändert, für Januar 1929 sogar verringert hat und daß andererseits die Kohlerei- und Bräutergebisse sowie die Handelsgewinne, ganz besonders aber infolge der im Mai vorigen Jahres eingetretenen Preiserhöhung die Erlöse sich sehr nachdrücklich erhöht haben.

Angeht die Berechnung konnte der Alte Bergarbeiterverband mit vollem Recht sagen, daß, wer weiterhin noch die Behauptung aufstellt, der Ruhrbergbau sei unrentabel, zuvor den Nachweis erbringen muß, daß diese Kalkulation falsch sei. Diesen Nachweis sind die Unternehmer bis heute noch schuldig geblieben. Sie sind der Beweispflicht, der die Bergarbeiter im öffentlichen Interesse genügt haben, ausgewichen und haben damit zugleich ein Urteil über den Wert ihrer bisherigen Argumente selbst gefällt.

Dr. Berger.

Außenhandel im März.

Fast unveränderte Umsatzhöhe.

Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts betrug die Einfuhr im reinen Warenverkehr im Monat März 1929 1022 Millionen Mark, die Ausfuhr einschließlich der Reparationslieferungen 984 Millionen Mark. Der Einfuhrüberschuß beläuft sich somit auf 38 Millionen Mark und unter Ausschaltung der Reparationslieferungen auf 91 Millionen Mark. Im einzelnen zeigte der Außenhandel im Berichtsmonat folgendes Bild:

Warengruppen	Einfuhr in 1000 RM nach Gegenwert	Ausfuhr
1. Lebende Tiere	8 221	1 389
2. Lebensmittel und Getränke	262 879	49 260
3. Rohstoffe und halbfertige Waren	562 955	223 417
4. Fertige Waren	187 875	709 458
Reiner Warenverkehr	1 021 930	983 524

Gegenüber dem Vormonat haben sich Einfuhr wie auch Ausfuhr nur unwesentlich verändert. Bemerkenswert ist, daß bei der Einfuhr, die insgesamt eine Zunahme um 5 Millionen Mark aufweist, die Rohstoffeinfuhr um fast 17 Millionen gestiegen ist, dagegen die Lebensmitteleinfuhr und der Import von Tieren um 17,3 Millionen zurückgegangen ist. Die Abnahme der Lebensmitteleinfuhr erklärt sich einmal aus dem geringeren Verbrauch an Getreide infolge der guten Ernte des letzten Jahres, während der außerordentliche Rückgang bei der Lebensmitteleinfuhr saisonmäßig bedingt ist.

Die Steigerung der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten muß als ein Ausgleich für den erheblichen Rückgang während der Kaltperiode und nicht als ein Zeichen erhöhten Rohstoffbedarfs der deutschen Wirtschaft angesehen werden. Im ganzen liegt die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten um 80 Millionen unter den Ziffern des März 1928 und um rund 24 Millionen unter der Einfuhr des März 1927.

In der Ausfuhr ist im wesentlichen nur bei den Rohstoffen eine Steigerung eingetreten, und zwar bei Rohlan um 18,5, bei Rots um 5,7 und bei Kalisalzen um 2,3 Millionen Mark. Die Ausfuhr von Fertigfabrikaten ist erneut, wenn auch nur in geringem Umfange, zurückgegangen.

Im ganzen läßt sich feststellen, daß die Außenhandelsergebnisse im März noch durch die Folgen der Frostperiode beeinflusst sind, was besonders bei der Ausfuhr zutage tritt. Inwieweit bleibt es bemerkenswert, daß trotz der elementaren Einwirkungen des harten Winters der Gesamtumfang des deutschen Außenhandels in dem ersten Vierteljahr 1929 sich fast auf dem Niveau des Vorjahres halten kann. So weist die Einfuhr mit 3,55 Milliarden von Januar bis März einen Monatsdurchschnitt von 1,12 gegen 1,26 Milliarden in der entsprechenden Zeit des Vorjahres auf, während die Ausfuhr mit 2,88 Milliarden und einem Monatsdurchschnitt von 0,96 Milliarden die Ergebnisse in der entsprechenden Zeit des Vorjahres noch um 22 Millionen im Monatsdurchschnitt übertrifft.

Geldfülle bei Drenstein & Koppel.

Mehr als 80 Millionen Umsatz. — Große Auftragsbestände.

Der Lokomotiv-, Waggon- und Maschinenkonzern von Drenstein u. Koppel, der in seinen Spondauer und Rehbrücker Betrieben Belegschaften von mehr als 8000 Mann beschäftigt, nimmt zum mindesten in der Lokomotivindustrie eine Ausnahmestellung ein. Während die Betriebe der meisten anderen Lokomotivfabriken teilweise oder gänzlich leer stehen und durch Auslandsaufträge nur notdürftig zeitweise gefüllt werden, kann Drenstein u. Koppel sein Arbeitsfeld von Jahr zu Jahr ausdehnen.

Dies hängt in erster Linie mit dem organisatorischen Aufbau dieses Unternehmens zusammen, dessen Betriebe zunächst hauptsächlich auf Industrie- und Feldbahnenwesen eingestellt waren und erst später und zum geringeren Teil auch als Lieferanten für den allgemeinen Eisenbahnverkehr hervortraten. Die gleichzeitige Produktion von Schienen, Weiden und anderem Eisenbahnzubehör gab Drenstein u. Koppel ferner einen bedeutenden Vorsprung auf dem Auslandsmarkt.

Auf der letzten Generalversammlung im Mai vorigen Jahres konnte die Verwaltung mitteilen, daß der Auftragsbestand von Januar bis Mai 1928 sich auf 61 Millionen belaufen habe. In dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht für das letzte Betriebsjahr wird mitgeteilt, daß der Umsatz um 15 Proz. demnach also von 71 auf 81,5 Millionen Mark gestiegen ist. Rund 50 Proz. des gesamten Umsatzes wurde durch Ausfuhr erzielt.

Wenn Drenstein u. Koppel auch für das letzte Jahr seine Dividende nur von 5 auf 6 Proz. erhöht, so demonstriert die Verwaltung damit, daß sie auch trotz der Millioneneingänge an amerikanischen Freigabegeldern nicht daran denkt, von ihrer sprichwörtlichen Politik der Reserveanhäufung abzugehen. Wie wir bereits kurz mitgeteilt hatten, verwendet Drenstein u. Koppel die 3,3 Millionen aus der amerikanischen Freigabe fast ausschließlich zu Abschreibungen auf den Maschinenpark, dessen Wert sich in der Bilanz damit von 4,49 auf 1,34 Millionen verringert. Der ausgewiesene Reingewinn hat sich bei nur unwesentlich veränderten Unkosten von 2,0 auf 2,7 Millionen erhöht. Die Bilanz zeigt, daß die Gesellschaft förmlich im Geld schwimmt. Die Bankguthaben haben sich mit 5,7 Mill. mehr als verdoppelt und einschließlich der Wechsel und Kassenbeträge werden rund 10 Mill. flüssiger Mittel ausgewiesen. Hierzu kommen noch 4,8 Millionen Forderungen an die Kundschaft und 5,4 Millionen Forderungen an Tochtergesellschaften, also noch mehr als 10 Millionen weitere Forderungen. Demgegenüber stehen etwas mehr als 6 Millionen Schulden, die in der Hauptsache aus laufenden Abrechnungen und Anzahlungen der Kundschaft bestehen, sowie 1,3 Millionen Guthaben der Tochtergesellschaften.

Da das Unternehmen in das laufende Jahr einen fast gleich hohen Auftragsbestand wie im letzten Jahr herübergenommen hat, ist in den Betrieben von Drenstein u. Koppel von einem Konjunkturrückgang noch nicht die Rede. Die Belegschaft, die von dem ständigen Aufschwung dieses Großunternehmens bisher herzlich wenig gehabt hat, wird diese Entwicklung bei den kommenden Lohnverhandlungen nicht unbeachtet lassen.

Siegerländer Erzabschluß.

Wieder 5 Proz. Buderus-Dividende.

Das führende Unternehmen im Siegerländer Erzbergbau, Eisenwerk Buderus in Bochlar, das mit einem Kapital von 26 Mill. M. arbeitet, veröffentlicht jetzt seinen Abschluß für 1928.

Die Gesellschaft konnte ihren Jahresumsatz an Fremde von 41,6 auf 45,2 Mill. M. steigern, wozu noch ein Umsatz innerhalb der Konzernwerke von 32,5 gegen 30,4 Mill. M. im Vorjahr kommt. Entsprechend der Umsatzsteigerung erhöhte sich der Betriebserlös um etwa 15 Proz. auf 4,5 Mill. M. Nach Abhebung der Unkosten und erhöhter Abschreibungen von 1,4 Mill. M. wird einschließlich des Gewinnvortrages vom letzten Jahr ein Reingewinn von 2 Mill. M. ausgewiesen, der etwa 12 Proz. des dividendenberechtigten Kapitals ausmacht. Vorsichtig, wie die Buderusverwaltung immer gewesen ist, schüttet sie jedoch nur 5 Proz. Dividende aus und trägt wieder fast 1 Mill. M. auf neue Gewinnrechnung vor.

Die Entwicklung bei Buderus ist also nicht so schlecht, zum mindesten ist sie stabil geblieben. Diese Werte gehören mit zu den Siegerländer Erzbergbauunternehmen, die vom Staate ab 1. April mit einer neuen Subvention bedacht werden. Die Staatshilfe beläuft sich, wie wir kürzlich schon mitteilen, auf 30 Pf. je geförderte Tonne Erz und wird durch Frachtermäßigungen der Reichsbahn sowie Herabsetzung der knappheitlichen Leistungen insgesamt zu einer Verbilligung der Produktion von rund 1 M. je Tonne führen. Bei einer Eisenförderung von rund 130 000 Tonnen im Jahr würde bei den Buderuswerken schon eine Senkung der gesamten Handelsunkosten, in denen auch noch die Steuern und Zinslasten enthalten sind, um mehr als 6 Proz. eintreten.

Wie wir bereits anlässlich der Verhandlungen im Preussischen Landtag ausgeführt hatten, können wir uns keine endgültige Lösung der Schwierigkeiten im Siegerländer Bergbau von diesen Subventionseinnahmen versprechen, auch stehen wir nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es Sache der großen Ruhrkonzerne, der eigentlichen Besitzer des Siegerländer Erzbedens, gewesen wäre, für die Erhaltung bzw. rationelle Umstellung der Gruben auch Opfer zu bringen, wenn, wie diese Stahlmagnaten immer behaupten, die Erhaltung dieser Erzreserve für sie wirklich eine Lebensfrage darstellt.

Karstadt verstärkt sein Kapital. Der Warenhauskonzern von Karstadt hat auf seiner Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 10 auf 80 Mill. beschlossen. Wie wir bereits mitgeteilt haben, erfolgt die Kapitalerhöhung zur Durchführung der Verschmelzung mit dem Lindemann-Konzern. Wie der Vorsitzende mitteilte, haben sich die Geschäfte im laufenden Jahr trotz der Einflüsse des strengen Winters doch noch leicht ausdehnen können. Eine sehr günstige Entwicklung liegt bei den Einheitspreisläden vor.

Rußlandaufträge für eine Dantiger Werft. Nach langen Verhandlungen, die wiederholt an der Kreditfrage scheiterten, ist es jetzt dem Dantiger Senat gelungen, ein Teilergebnis bei den russischen Schiffbestellungen zu erzielen. So steht der Abschluß eines Vertrages mit der Alawitter Werft bevor, der den Bau eines größeren Fracht- und Passagierdampfers für Archangelsk vorsieht.

Haut-Bleichkrem

Jetzt ist es Zeit, Sommerproben, Leberflecke, gelbe Flecke im Gesicht und an den Händen zu beseitigen durch Bleichen mit Klorokrom. Tube 1 ML und Kloroselfo à Stück 60 Pf. Unschädlich und seit Jahren bewährt. Mit genauer Anweisung in allen Othardont-Verkaufsstellen zu haben.

Schiedspruch für Metallindustrie.

Lohnerhöhung von 4 bis 6 Pfennig.

Gestern nachmittag wurde vor dem Schlichtungsausschuss über den Neuabschluss des Lohnarbeitsvertrages für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie verhandelt. Nachdem Genosse Eckert vom Metallarbeiterverband sowie die Vertreterin der Frauen, Genossin Gladisch, eingehend die Forderungen auf eine durchgreifende Lohnerhöhung begründet hatten, ergriff der Syndikus des VMD, Rechtsanwalt Oppenheimer, das Wort.

Er erging sich zunächst wieder in einigen ironisierenden Redensarten über die Argumente der Organisationsvertreter und stimmte dann das Mitglied von der angeblichen schlechten Wirtschaftslage der Metallindustrie an. Bezeichnend für die Einstellung der Berliner Metallindustriellen gegenüber dem Schlichtungswesen waren seine Ausführungen, die er über die seiner Meinung nach ganz programmatischen Kündigungen der Tarife machte. Die Gewerkschaften kündigten die Tarife, weil sie sich immer in der Hoffnung wiegen, daß ihnen die Schlichtungsinstanzen, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage, doch einige Pfennige Lohnerhöhung zusprechen. Das seien eben die Ertragschaften der staatlichen Tarifpolitik. Die Herabsetzung der Frauenlöhne lehnte er mit der Begründung ab, daß die Rentabilität der Betriebe, die er eben noch bestritten hatte, auf der Minderbezahlung der Frauen basiere und an dieser Rentabilitätsbasis nicht gerüttelt werden dürfe.

Ihm sekundierte Generaldirektor Dr. Köttgen von Siemens, der in einem Atemzug die Meinung vertrat, daß die Reparationslasten nicht nur von den Unternehmern, sondern vom gesamten deutschen Volke aufgebracht werden müßten, die Arbeiter aber

endlich einmal ihre Lohnforderungen für längere Zeit zurückstellen und die schwer um ihre Existenz ringende „Wirtschaft“ in Ruhe lassen sollten.

Nach ungefähr zweistündigen Auseinandersetzungen, in denen die Unternehmervertreter wiederholt erklärten, daß sie nicht einen Pfennig Lohnerhöhung weder geben könnten noch wollten, trat die Schlichtungskammer zusammen.

Nach ungefähr fünfstündiger Beratung verkündete Gewerberat Körner einen Schiedspruch, der im wesentlichen folgendes besagt:

Die Löhne der Facharbeiter der Gruppe A (qualifizierte Facharbeiter) werden auf 1,12 M., also um 6 Pf., die der Gruppe B (Facharbeiter) auf 1 M., mithin um 5 Pf. pro Stunde erhöht. Die angelernten Arbeiter erhalten eine Lohnausbesserung von 4 Pf., so daß ihr Mindestlohn jetzt 89 Pf. betragen soll. Der Lohn der unangelernten Arbeiter soll gleichfalls um 4 Pf., von 80 auf 84 Pf. erhöht werden. Die Löhne der Arbeiterinnen betragen wie bisher 70 Proz. der Männerlöhne und erhöhen sich demnach entsprechend den Lohnausbesserungen der Arbeiter. Das Lohnabkommen soll am 29. April in Kraft treten und bis zum 30. September 1930 gelten. Die bisherige Gruppeneinteilung soll beibehalten werden, doch soll bis zum 30. Juni darüber verhandelt werden, ob einige Gärten ausgeglichen werden können. Die Erklärungsfrist wurde auf den 30. April festgesetzt.

Metallarbeiter gegen Spalter.

Reinfall der Kommunisten.

Am Sonntag fand in den Sophienjulen eine Konferenz oppositioneller Metallarbeiter statt, die zu den bevorstehenden Lohnkämpfen, zu den Spaltungspraktiken im „Deutschen Metallarbeiterverband“ und zum 1. Mai Stellung nahm. Die vom „Komitee zur Abwehr der Spaltung und Ausschlüsse im DMB“ einberufene Tagung war von 363 Delegierten besucht, von denen 293 Delegierte 151 Betriebe mit einer Belegschaftsziffer von 111 153 Arbeitern vertraten. In den gesamten Berliner Metallbetrieben sind etwa 225 000 Arbeiter beschäftigt. Es ist also ein außerordentlicher Erfolg des Komitees, zur ersten Konferenz die gute Hälfte der Berliner Metallarbeiter hinter sich zu vereinigen.

Das vorstehende Zitat ist wörtlich der kommunistischen Montagszeitung entnommen. Ganz abgesehen davon, daß die Zahl der in Berlin beschäftigten Metallarbeiter um gut 100 000 zu niedrig angeführt ist, gibt die folgende Zuschrift Aufklärung, wie es mit diesen famosen Delegierten und den angeblich 111 153 Arbeitern bestellt ist, die von ihnen angeblich vertreten wurden. Mit diesen 293 Delegierten ist es nämlich nicht viel anders bestellt als mit den 70 „Delegierten“, die nur sich selbst „vertreten“.

Hier die Zuschrift: „Die Massen der Arbeiter stehen hinter der KPD.“ So sieht man es alle Tage in der „Roten Fahne“. Was daran Wahres ist, und wie es in Wirklichkeit aussieht, beweist eine Befragung, die am Freitag, dem 19. April, für unseren Betrieb Dr. Paul Meyer, Dronthelmer Straße, in Szene gesetzt wurde.

Ein ungeheurer Aufwand wurde gemacht.

Zweimaliges Verbreiten innerhalb acht Tagen des „Umschalters“, eines extra für die Belegschaft der Firma hergestellten Flugblattes, in dem organisierte Kollegen in der geschäftigsten, verkehrsmäßigsten Weise beschimpft werden. Außerdem stand morgens vor Beginn und nachmittags nach Schluß der Arbeit ein „Beauftragter“ mit einem großen Plakat auf dem zu einer öffentlichen Betriebsversammlung eingeladen wurde. Der Plakatträger war äußerst rührig; er forderte noch vielfach persönlich die den Betrieb verlassenden Personen auf, zur Versammlung zu gehen, zum Teil in recht unfähiger Weise. In der Versammlung, an der er auch teilnahm, tat er sehr wichtig, indem er erklärte: „Ich habe der Belegschaft ordentlich Feuer gegeben; viele Arbeiterinnen habe ich gefragt:

Seid ihr denn alle Direktorenliebchen?“

Und nun der Erfolg der Anstrengungen: Die Versammlung war besucht (die Belegschaft der Firma beträgt außer den Angehörigen über 700 Personen) insgesamt von 15 (fünfzehn) Personen, darunter zwei unserer Parteigenossen, der Referent, der Einberufer und der Plakatträger, so daß

ganze zehn Personen von 700

ihrer Einladung Folge geleistet haben. Darunter waren aber noch vier Jugendliche von ungefähr 14 bis 16 Jahren.

Als Referent trat der ehemals im Volkswagen angehörnde Herr Bahls auf. Mit viel Lungentrost und den üblichen Schimpfereien auf die Sozialdemokratie und die Ortsverwaltung des DMB, empfahl er die alleinigmächtigsten Parolen der KPD, als neue Parole, die Delegiertentagung der oppositionellen Metallarbeiter in den Sophienjulen am Sonntag.

In der Diskussion wies ich den Referenten auf seine widersinnigen Ausführungen, hauptsächlich in bezug auf den Ausschlußantrag gegen den Kollegen Niederkirchner und den 1. Mai hin. Wie unangenehm dem Referenten und dem Versammlungsleiter (letzterer ein junger Mann von 19 bis 20 Jahren) meine Ausführungen waren, beweist, daß er nach ungefähr einer Viertelstunde die Versammlung befragte, ob ich weiter reden sollte; darauf wurde mir

das Wort entzogen

Unsere Anwesenheit veranlaßte den Versammlungsleiter zu erklären, daß sie sich nicht ammaßen wollten, durch die Versammlung Delegierte zur Konferenz wählen zu lassen, die die Belegschaft der Firma Dr. P. Meyer vertreten. Nur zu „informativischen“ Zwecken sollten drei Kollegen hingesandt werden. Es wurden dann auch ein Organisierte und zwei Unorganisierte beauftragt, dorthin zu gehen.

Wie viele von denjenigen, die an der Delegiertentagung am Sonntag teilgenommen haben, sind wohl auf gleiche Art und Weise gewählt worden? Und die machen sich an, dem Deutschen Metallarbeiterverband Richtlinien geben zu wollen!“

Soweit die Zuschrift. Sie zeigt, wie es mit den „Delegierten“ des Betriebes von Dr. Paul Meyer bestellt ist, mit dem die KPD ganz besonders gern prunkt. Rechnet man die Unorganisierten und die Jugendlichen von den Teilnehmern an der „Versammlung“ ab, was bleibt dann noch übrig? Bezeichnend ist es auch, daß die KPD gezwungen war, um wenigstens einige hundert „Delegierte“ zusammen zu bringen, Unorganisierte zu heuern. Das sind dann die gewerkschaftlichen „Vertrauensleute“, die gegen die Maßnahmen der Organisation „Protest“ erheben.

Die Wahrheit ist sehr einfach. Wögen auch innerhalb der Organisation die Meinungen manchmal geteilt sein — ein durchaus natürlicher Zustand — von da bis zur Spaltung ist ein weiter Schritt, den auch die mehr oder weniger kommunistisch überzeugten Gewerkschaftsmitglieder in ihrer großen Mehrheit zu machen sich weigern. Der beispiellose Terror und die unflätige Agitation der Achtgrößensjungen, die die KPD dabei als bezahlte Helfer benutzt, können nur abstoßend wirken.

Die Metallarbeiter sind gegen die Spalter.

Schiedspruch im Ruhrbergbau.

Eine Lohnerhöhung, die das Reich zahlt.

Dortmund, 22. April.

Für den Ruhrbergbau wurde heute von dem Schlichter Prof. Brahn der Lohnschiedspruch gefällt. Dieser sieht in seinem Hauptteil eine Lohnerhöhung von formell 2 Prozent vor. Unter Berücksichtigung der unmissbar bevorstehenden Ermäßigung der kauppächtsmäßigen Beiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemäß der lex Brüning, die im ganzen für die Untertagearbeiter 4,25 Proz. und für die Ubertagearbeiter 1,25 Proz. beträgt und vom Reich zu tragen ist, wovon der Arbeitnehmer 1/2 und der Arbeitgeber 1/4 erhalten, ergeben sich tatsächliche Lohnerhöhungen für den Bergarbeiter unter Tage von 5,45 Proz. und über Tage von 3,02 Proz. Der Lohn des Reparaturmannes beträgt daher jetzt 852 M. je Schicht gegenüber früher 836 M. und der des Facharbeiters über Tage 836 M. Der Tariflohn der übrigen Arbeitergruppen erhöht sich in demselben Prozentsatz. Der Tarifvertrag setzt die Löhne vom 1. Mai 1929 bis 30. September 1930 fest und ist erstmalig zu diesem Termin mit sechsmonatiger Kündigungsfrist zu kündigen. Ueber Annahme und Ablehnung des Schiedspruches haben sich die beiden Parteien dem Schlichter gegenüber bis zum 29. April vormittags 10 Uhr zu erklären. Die aus diesem Schiedspruch sich ergebende tatsächliche Belastung der Arbeitgeber beträgt durch die Auswirkungen der lex Brüning 0,65 Proz.

Vor dem Kampf in der chemischen Industrie.

Alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft.

Die Unternehmer der chemischen Industrie in Berlin und der Provinz Brandenburg fühlen sich dazu berufen, jede Lohnerhöhung abzulehnen. Schon bei den direkten Verhandlungen ließen die Unternehmer ihren Willen erkennen, Lohnerhöhungen unter keinen Umständen zuzugehen. Sie machten den Vorschlag, die seit Frühjahr 1928 geltenden Löhne um weitere zwei Jahre zu verlängern. Schamhaft bemerkten sie, daß infolge der „schlechten Lage“ — ausgerechnet der chemischen Industrie! — eigentlich ein Lohnabbau am Plage wäre, den sie aber gütigst doch nicht vornehmen wollten. Es bestand daher von vornherein wenig Aussicht, daß bei den tariflichen Instanzen eine Einigung erzielt würde.

Nunmehr hat die höchste tarifliche Instanz, das Haupttarifamt für die chemische Industrie, getagt. Auch hier sind die Verhandlungen ergebnislos ausgegangen. Somit besteht in der che-

mischen Industrie ein vertragloser Zustand. Verwicklungen sind unausbleiblich.

Wenn man bedenkt, daß z. B. in Berlin nach den Erhebungen des ADGB, der Lohn der Chemiearbeiter von 24 erhohten Industrien an letzter Stelle steht, so muß man den Mut bewundern, den die Unternehmer aufbringen, wenn sie offen Erntes verlangen, die jetzigen Löhne noch für zwei weitere Jahre festzusetzen.

Die Gesundheitsgefahren sind gerade in der chemischen Industrie außerordentlich groß. Zweifellos zählt die chemische Industrie zu den Industrien, die am ersten in der Lage sind, Lohnerhöhungen zu zahlen. Die Verhältnisse liegen so, daß die chemische Industrie in Berlin und in der Provinz Brandenburg glaubt, daß die Zeit reif ist, um den starken Mann zu spielen. Vielleicht zählen sie hier auch auf die Hilfe der von Pöck geführten „Massenbewußten Unorganisierten“.

Die Arbeiter in der chemischen Industrie werden in Kürze zu der durch das Scheitern der Verhandlungen geschaffenen Situation Stellung nehmen. Aller Voraussicht nach wird es zu einem erbitterten Kampfe kommen. Die Drögen der Unternehmer deuten unverhüllt an, daß sie auch vor einer Absperrung nicht zurückschrecken. Das werden sich aber die Herren wohl noch einmal überlegen.

Revolutionäre Betriebsräte.

Wie sie die KPD will.

Leipzig, 22. April. (Eigenbericht.)

Bei der kommunistischen Neuvag-Druckerei in Leipzig ist der Betriebsrat durch Unternehmerterror zum Rücktritt gezwungen worden. Die Mehrheit der Belegschaft hatte beim Arbeitsgericht Klage eingereicht, weil sie sozialpolitisch schlechter gestellt werden sollte. Die KPD-Instanzen wollten den Betriebsrat zur Zurücknahme der Klage zwingen. Das schafften sie zwar nicht, aber sie setzten ihn doch so zu, daß er zurücktrat.

So springt die KPD mit der Belegschaft in kommunistischen Betrieben um. So stellt sie sich „revolutionäre“ Betriebsräte vor: als fremde Hände, die kommunistische Parole zu apportieren, sonst aber zu tun haben.

Berschärfung im Eisenbahnerlohnstreit.

Auch die Geduld der christlichen Eisenbahner ist erschöpft.

Die am Sonntagabend in Odenburg zahlreich versammelten Lohnempfänger der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner E. B. faßte nach einer erregten Aussprache eine Entschließung, in der anerkannt wird, daß sich die Gewerkschaften mit großem Verantwortungsgefühl bemühen, die Deutsche Reichsbahngesellschaft von ihren Pflichten gegenüber ihrem Personal zu überzeugen. Dem Ausgang dieser Vermittlungsaktion stehen die Versammelten aber recht pessimistisch gegenüber. Der Reichsbahn wird Scharfmacherei vorgeworfen. Wenn die Reichsbahn-Hauptverwaltung, so heißt es in der Entschließung, keine Gerechtigkeit zeigen sollte, sich mit dem Personal zu verständigen, dann möge man dies kurz und bündig sagen. Das Personal wisse dann wenigstens, woran es sei und was es zu tun habe.

Protestversammlung der Eisenbahner in Dessau.

In einer sehr stark besuchten Versammlung nahm am Sonntagabend, dem 20. April, die Ortsgruppe Dessau des Einheitsverbandes der Eisenbahner Stellung zur Lohnbewegung. Nach einem ausführlichen Referat des Bezirksleiters, Landtagsabgeordneten Wegmüller, wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es heißt: „Die versammelten Kollegen werden der Aufforderung der Verbandsleitung zum Kampfe reiflos und geschlossen Folge leisten. Sie werden dann der Verwaltung zeigen, daß sie nicht gewillt sind, noch länger unter den jetzt herrschenden unhaltbaren Zuständen und zu den Hungerlöhnen weiter zu arbeiten.“

Ähnliche Entschließungen sind in überfüllten Versammlungen im Reichsbahndirektionsbezirk Berlin, so in Rauen und Velten, angenommen worden.

Lohnabkommen der badischen Metallindustrie.

Mannheim, 22. April.

In dem Lohnstreit der Bezirksgruppe Mannheim-Ludwigshafen des Verbandes der Metallindustriellen Baden und angrenzender Industriebezirke haben am 18. und 19. d. M. Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium in Berlin stattgefunden, die zu einer endgültigen Vereinbarung führten. Danach wird der am 28. d. M. durch den Schlichter für Süddeutschland gefällte Schiedspruch, der eine Erhöhung der Tariflöhne um 4 Pf. vorsieht, mit Wirkung vom 1. April d. J. in Kraft gesetzt mit einer Ergänzung, die einen gewissen Ausgleich in bezug auf die Auswirkung dieser Erhöhung auf die Istverdienste festlegt. Für Akkordarbeiter bleibt es bei den Bestimmungen des Schiedspruchs. Der Lohnkampf ist damit beendet.

Bei der Firma Hermann Herwegen, Fabrik für Regulatorbedarf, wird wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages gestreikt. Verband der Buchbinder, Ortsverwaltung Berlin.

KPD-Fraktion der Wohnungsmittel- und Getränkearbeiter. Heute, 20 Uhr, im Palais des Reiterens, Hallesches Str. 36 (großer Saal), Versammlung aller KPD-Kollegen. Tagesordnung: Die Wirtschaftslage und ihre Ursachen. Referent Genosse Hennemann. Gefährten in Pflicht. Ohne Mitgliedsbuch der Partei und Gewerkschaft kein Zutritt. Der Fraktionsvorsitz.

Deutscher Verkehrsverband, Bezirk Spandau. Bureau: Spandau, Potsdamer Straße 4. Monatskonferenzversammlung am Mittwoch des 1. Mai im Lokal „Rosa Welt“, Teichweg Straße. Referent Dr. Kurt Löwenstein, M. d. B. Nachmittags 4 Uhr Veranstaltung in den Gartenhofen, Etabliert und Karlshof. Eintritt 20 Pf. Kollegen, bringt ihr trotz Beteiligung und werbt neue Mitglieder! Mitgliedsbuch, Buch oder Karte, ist vorzulegen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Dienstag, 19. April, tagen die Gruppen: Spandau: Jugendheim Lindbreite 1, Haspung und Pöcherstr. — Treptow: Gruppenheim Schöne Widenerstr. 26-34 (Partizimmer). — Fennberg: Die Stellung der Frau in der Gesellschaft. — Kumbhöf: Gruppenheim Jugendheim Braun, Ede Rospingstraße. — Reichshagen: — Landsberger Platz: Gruppenheim Jugendheim Fichtelmannstr. 5. — Fennberg: Gruppenheim und L. Kol. — Kreuzstraße: Arbeiter Gruppenheim Fichtelmannstr. 15. — Altmärker Str.: Der Frühling. — Hakenberg: Gruppenheim Jugendheim Poststraße 22. — Fennberg: Manden und Scharn. — Neu-Lichtenberg: Jugendheim Gantenstr. 43. — Fennberg: Aus der Praxis des Berufsamtes.

Jugendgruppe des Fortschrittverbandes der Angestellten Wordwitz: Jugendheim Fennberg Str. 13-15. Fennberg. — Neuhagen: Abend des Spach- und Feuerspiels 20 Uhr in der Turnhalle der Schule Perthesstr. 20. Dollestraße mitbringen!

